

Anders regieren?

Wie Bürger:innen alternative
Formen des Regierens bewerten



© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Oktober 2026

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

Dr. Finn Heinrich

Autor:innen

Christina-Marie Juen

Carlo Greß

Redaktionelle Unterstützung

Gaëlle Beckmann

Redaktion

Heike Herrberg

Zitationshinweis

Juen, Christina-Marie und Carlo Greß (2026). „Anders Regieren – Wie Bürger:innen alternative Formen des Regierens bewerten“. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Layout

Markus Diekmann

Bildnachweis

KI-generiert/Adobe Firefly

DOI [10.11586/2026132](https://doi.org/10.11586/2026132)

Anders regieren?

Wie Bürger:innen alternative
Formen des Regierens bewerten

Christina-Marie Juen und Carlo Greß

Inhalt

Executive Summary	6
1 Einleitung	7
2 Regieren in Deutschland	9
2.1 Mehrheitskoalitionen als Ideal des Regierens	9
2.2 Veränderte Bedingungen und Grenzen von Mehrheitskoalitionen	10
3 Anders regieren mit Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten und starkem Parlamentarismus	12
3.1 Minderheitsregierungen als bekannteste Alternative	13
3.2 Regieren mit flexiblen Mehrheiten	15
3.3 Mehr Parlament durch stärkere Oppositionseinbindung	15
4 Der Blick der Bürger:innen auf alternative Regierungsformen	17
4.1 Welche alternativen Regierungsmodelle finden Zustimmung?	17
4.2 Wovon hängt die Bewertung alternativer Modelle ab?	21
5 Zwischenfazit	25
6 Wie Informationen die Bewertung von Minderheitsregierungen verändern	26
6.1 Was beeinflusst die Bewertung von Minderheitsregierungen?	26
6.2 Wie wurde das untersucht?	27
6.3 Wird eine Minderheitsregierung als demokratische Regierungsform gesehen?	30
6.4 Welche Informationen beeinflussen die Meinung zu einer Minderheitsregierung?	32
7 Die Unentschlossenen	34
7.1 Wer sind die Unentschlossenen?	34
7.2 Wie verhalten sich die Unentschlossenen, wenn sie Informationen erhalten?	36
8 Regieren neu denken	38
Literatur	40
Anhang	42
A Zusammensetzung des Samples	42
B Zusätzliche deskriptive Befunde	43
C Regressionstabellen zu Einflussfaktoren für die Bewertung von Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten und der Oppositionseinbindung	47
D Weiterführende Informationen und Analysen zum Experiment	49
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	55

Executive Summary

Das Regieren in klassischen Mehrheitskoalitionen ist schwierig geworden. Auch auf Bundesebene reichen die Stimmenanteile der Parteien nicht mehr aus, um in bewährten Bündnissen zu regieren. Aktuelle Umfragen zufolge hätte keines der Regierungsbündnisse, die seit 1949 jemals auf Bundesebene im Amt waren, eine parlamentarische Mehrheit.

Aufgrund dieser Veränderungen rücken alternative Regierungsmodelle wie Minderheitsregierungen, flexible Mehrheiten oder eine stärkere Einbindung der Opposition in den Fokus. Diese Studie untersucht umfassend, wie Bürger:innen in Deutschland diese Modelle auf der Bundesebene bewerten. Die Grundlage bildet eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage im Rahmen des Demokratiemonitors der Bertelsmann Stiftung, die im Frühsommer 2026 durchgeführt wurde und an der 3.283 Personen teilnahmen.

Die Ergebnisse zeigen keine grundsätzliche Ablehnung alternativer Regierungsformen. Allerdings unterscheiden sich die Einstellungen je nach Modell:

■ Viel Unentschlossenheit gegenüber Minderheitsregierungen

Etwa 55 Prozent der Befragten positionieren sich weder eindeutig für noch gegen die Idee einer Minderheitsregierung. Rund 20 Prozent bewerten Minderheitsregierungen grundsätzlich positiv, 26 Prozent lehnen diese eher ab. Es besteht folglich eine leichte Tendenz gegen diese Form der Regierung, aber keine breite gesellschaftliche Ablehnung.

■ Flexible Mehrheiten werden positiver bewertet

Etwa 36 Prozent der Befragten befürworten, dass politische Entscheidungen durch wechselnde Mehrheiten von unterschiedlichen Parteien getroffen werden **könnten**. Damit findet eine flexible, themenbezogene Zusammenarbeit im Bundestag mehr Zustimmung als das Modell einer Minderheitsregierung, die zwar in einer festen Regierung,

aber ohne eigene parlamentarische Mehrheit regieren würde.

■ Großer Wunsch nach stärkerer Einbindung der Opposition

Eine Mehrheit der Befragten (insgesamt etwa 45 Prozent) ist dafür, Oppositionsparteien noch stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, wohingegen eine kleine Minderheit dies explizit ablehnt. Viele Bürger:innen können sich also einen Regierungsstil von Mehrheitskoalitionen vorstellen, bei dem Entscheidungen im Parlament breiter ausgehandelt werden.

■ Kontext und Alternativszenarien sind entscheidend für die Bewertung von Minderheitsregierungen

Ein weiteres Ergebnis unserer Umfrage legt nahe, dass die Einstellungen zu Minderheitsregierungen nicht isoliert betrachtet werden können, sondern im Kontext realistischer Alternativszenarien erörtert werden müssen. Dies ist wichtig, da somit Abwägungsentscheidungen aufgezeigt werden. Die Abwägung alternativer Koalitionsoptionen zeigt für die verschiedenen Wählergruppen unterschiedliche Ergebnisse. Die Aussicht auf eine bessere Repräsentation von Wählerinteressen führt in Teilen zu einer stärkeren Zustimmung zu Minderheitsregierungen, die Gefahr geringerer Effizienz in der Regierungsarbeit hingegen zu einer tendenziell stärkeren Ablehnung.

Für die politische Praxis ergeben sich aus diesen Ergebnissen wichtige Implikationen: Die relativ große Offenheit für alternative Regierungsoptionen auf Seiten der Bürger:innen kann den Handlungsspielraum politischer Akteure in Zeiten schwieriger Mehrheitsbildung wieder vergrößern. Die große Zahl an Unentschlossenen deutet aber möglicherweise darauf hin, dass die politische Öffentlichkeit über diese – auf Bundesebene – neuartigen Formen von Regierungsmodellen künftig deutlich stärker informieren sollte.

1 Einleitung

„Wir sollten aber lernen, auch mal eine Bundesregierung zu haben, die sich nicht auf festgemauerte Mehrheiten stützen kann“, erklärte Wolfgang Schäuble, damals Bundestagspräsident und dienstältester Abgeordneter, bereits einige Wochen vor der Bundestagswahl 2021.¹ Nach der Wahl und den anschließenden Koalitionsverhandlungen war dann klar: Eine feste Mehrheit wurde zwar noch gefunden – doch zum ersten Mal seit knapp 70 Jahren waren dafür mehr als zwei Fraktionen nötig. Vermutlich hatte Schäuble geahnt, dass die zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems auf Bundesebene, die vor allem durch den Stimmenzuwachs an den politischen Rändern getrieben war, es zunehmend erschweren würde, politisch homogene Parlamentsmehrheiten zu finden (Bräuninger und Debus 2025).

Bereits die Bundestagswahl 2005 hat gezeigt, dass rechnerische und politisch verfügbare Mehrheiten auseinanderfallen können. Weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb erreichten damals eine Mehrheit der Sitze – die rechnerisch mögliche Mehrheit von SPD, Grünen und Linkspartei wurde hingegen politisch ausgeschlossen.² Damit kam es erstmals seit 1966 wieder zu einer Großen Koalition aus Union und SPD.³ Schwierig gestalteten sich auch die Regierungsbildungen nach den Bundestagswahlen 2017 und 2025, die jeweils von Diskussionen über verschiedene Koalitionsoptionen geprägt waren. Im Jahr 2017 kam eine Jamaika-Koalition zwischen CDU/CSU, Grünen und FDP aufgrund inhaltlicher Differenzen nach Verhandlungen nicht zustande. Nach ebenfalls schwierigen Verhandlungen rückten dann Optionen, die vorab eigentlich ausgeschlossen oder kritisch gesehen worden waren, wieder in den Blick. So kam es sowohl 2017 zur erneuten Zusammenarbeit von Union und SPD (Debus 2022) als auch nach der Bundestagswahl 2025.

Während das Phänomen der komplizierten Regierungsbildung auf Bundesebene eher neu ist, letztlich aber noch immer stabile Mehrheiten, wenngleich lagerübergreifend, gefunden werden konnten, offenbart ein Blick auf die Landesebene – gewollte oder ungewollte – unkonventionellere Regierungsmodelle. Aktuell wird sowohl in Thüringen als auch in Sachsen ohne feste parlamentarische Mehrheit regiert. Auch in anderen Bundesländern gab es in der Vergangenheit ähnliche Versuche. Bereits vor den diesjährigen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lag der Fokus von Politik und Öffentlichkeit darauf, wie schwierig die Koalitionsbildung zu werden drohte. Auch nach den Wahlen zeigt(e) sich, dass Regierungsbildung zunehmend komplizierter wird und die Logiken der Mehrheitsfindung sich verändern.

Vor diesem Hintergrund gewinnen alternative Modelle des Regierens, wie etwa Minderheitsregierungen oder flexible Mehrheiten, an Bedeutung. Auch über eine stärkere Einbindung der Opposition in parlamentarische Entscheidungsprozesse wird diskutiert. Der sächsische Konsultationsmechanismus⁴ im Rahmen der dortigen Minderheitsregierung ist dafür ein Beispiel, das zugleich die Frage nach der künftigen Rolle des Parlaments bei der Mehrheitsbildung in den Fokus rückt. Die Auseinandersetzung mit Regierungsoptionen abseits von Mehrheitskoalitionen eröffnet daher die Möglichkeit, das Zusammenspiel von Regierung, Parlament und Opposition neu zu denken.

Fragen nach der Umsetzbarkeit solcher alternativen Formen des Regierens betreffen jedoch nicht nur die Parteien und Politiker:innen selbst, sondern auch die Bürger:innen. Deren Einschätzung dieser genannten Alternativen ist zentral für die demokratische Legitimität anderer Regierungsformen. Nur wenn die Bevölke-

1 <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-wolfgang-schaeuble-notfalls-regierung-ohne-feste-mehrheiten-in-erwaegung-ziehen/27389084.html>, 11.9.2026

2 <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2005.html>, 11.9.2026

3 <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30273/grosse-koalition-1966-und-2005/>, 11.9.2026

4 <https://www.staatsregierung.sachsen.de/saechsischer-konsultationsmechanismus-9153.html>, 24.8.2026

rung zentrale demokratische Verfahren, wie die Regierungsbildung und das Regierungshandeln, als legitim erachtet, akzeptiert sie auch die dadurch getroffenen Entscheidungen. Alternative Modelle beinhalten sowohl legitimatorische Chancen (z. B. eine breitere Basis für Entscheidungen) als auch Herausforderungen (z. B. eine erschwerte Verantwortungszuschreibung bzw. verstärkte parteiprogrammatische Profilierung).

Wir wissen bisher aber nur wenig über die Perspektive der Bevölkerung auf Regierungsformate abseits von Mehrheitskoalitionen. Sie ist deshalb relevant, weil Bürger:innen unterschiedliche Erwartungen an eine Regierungsbildung haben. Sie wünschen sich einerseits stabile und handlungsfähige Regierungen, erwarten andererseits aber auch, dass die von ihnen gewählten Parteien ihre politischen Positionen möglichst gut einbringen. Beides lässt sich insbesondere in breiten, programmatisch heterogenen Koalitionen nicht immer gleichzeitig verwirklichen. Alternative Formen des Regierens könnten hier neue Wege eröffnen, um politische Handlungsfähigkeit mit der Sichtbarkeit unterschiedlicher politischer Positionen zu verbinden. Ob dies gelingt, hängt jedoch auch davon ab, ob die Bevölkerung solche Modelle akzeptiert.

Unsere Studie untersucht daher zwei Fragen. Zum einen betrachten wir, *wie Bürger:innen alternative Regierungsformen, wie Minderheitsregierungen, Regieren mit flexiblen Mehrheiten oder die Einbindung der Opposition, bewerten*. Über viele dieser Alternativen haben die Menschen vermutlich aber nur begrenztes Wissen oder sich bisher vielleicht keine Meinung gebildet. Gleichzeitig werden vor allem Minderheitsregierungen und flexible Mehrheiten in der öffentlichen Debatte oft mit möglichen Risiken verbunden – wie geringerer Stabilität, erschwelter Mehrheitsbildung oder einer weniger planbaren Gesetzgebung – und seltener als realistische Alternative zur klassischen Mehrheitskoalition diskutiert.

Daher betrachten wir zum anderen auch, *welche Informationen Bürger:innen in ihrer Bewertung von Minderheitsregierungen beeinflussen können*. Dabei fokussieren wir uns insbesondere auf mögliche Vor- und Nachteile von Minderheitsregierungen sowie realistische Szenarien der Regierungsbildung, die den Bürger:innen mehr Informationen über diese Regierungsform bieten und somit deren Meinung beeinflussen können.

In der Verbindung beider Perspektiven zeigt unsere Studie, welche alternativen Formen des Regierens grundsätzlich auf Akzeptanz stoßen und unter welchen Bedingungen sich für politische Akteur:innen zusätzlicher Handlungsspielraum ergeben könnte.

2 Regieren in Deutschland

In Deutschland ist Regieren traditionell eng mit der Bildung stabiler Mehrheitskoalitionen verbunden. Mehrheitskoalitionen gehen oft mit klaren Erwartungen einher und bieten wichtige Vorteile für die Handlungsfähigkeit und Zuschreibung politischer Verantwortung. Sie stoßen aber unter den veränderten Bedingungen der deutschen Parteiensysteme zunehmend an ihre Grenzen.

2.1 Mehrheitskoalitionen als Ideal des Regierens

Die zentrale Rolle von Mehrheitskoalitionen prägt die Regierungsbildung in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten. Dabei werden Wahlergebnisse mit parlamentarischer Mehrheitsbildung und exekutiver Handlungsfähigkeit verknüpft und oft sogar mit dieser gleichgesetzt. Die Regierungsbildung folgt häufig der Erwartung, dass sich nach einer Wahl eine feste parlamentarische Mehrheit zusammenfindet, die eine Regierung für die Dauer einer ganzen Legislaturperiode bildet. In den allermeisten Fällen übernimmt die stimmenstärkste Partei die Initiative zur Regierungsbildung.⁵

Die Bildung einer Koalition basiert jedoch nicht nur auf den Ergebnissen der Wahl, sondern vor allem auch auf den Programmen der Parteien und deren ideologischen Standpunkten und Schnittmengen. Nachdem Parteien mit ihren Programmen bei der Wahl antreten und Stimmen gewinnen, verhandeln sie nach der Wahl mit anderen Parteien über ihre gemeinsamen Ziele. In Koalitionsverhandlungen versuchen sie, möglichst viele eigene politische Inhalte durchzusetzen (*policy-seeking*), Regierungsämter zu besetzen (*office-seeking*) und Voraussetzungen für künftige Wahlerfolge zu schaffen (*vote-seeking*). Insbesondere das Einbringen möglichst vieler eigener politischer Inhalte ist dabei von großer Bedeutung: Es sichert der Partei zu, dass im Laufe der

Legislatur zentrale eigene Vorhaben umgesetzt werden. Trotz der notwendigen Zugeständnisse bietet die Mehrheitskoalition den Parteien wesentliche strategische und institutionelle Vorteile.

Diese Vorteile sind am größten, wenn die Parteien eine inhaltlich geschlossene Mehrheitskoalition eingehen (Bräuninger et al. 2019; Debus und Gross 2016). Diese schafft einerseits politische *Handlungsfähigkeit* und somit eine stabile Grundlage für das Regieren – da die Koalitionsparteien gemeinsam über eine parlamentarische Mehrheit verfügen, müssen sie für einzelne Gesetzesvorhaben in der Regel keine neuen Mehrheiten organisieren. Bei knappen Mehrheiten können allerdings bereits wenige Abweichungen von der Koalitionslinie die Beschlussfassung gefährden.

Andererseits ermöglicht eine Mehrheitskoalition eine klare Zuschreibung *politischer Verantwortung* (*accountability*). Bürger:innen können dabei oft gut nachvollziehen, welche Parteien für bestimmte Entscheidungen und Reformen verantwortlich sind, und deren Regierungsleistung bei der nächsten Wahl bewerten. Für die Regierungsparteien ist diese Zurechenbarkeit wichtig, weil sie den Wähler:innen zeigen können, welche politischen Vorhaben sie umgesetzt haben, und dadurch Stimmen gewinnen oder erhalten können (Bräuninger und Debus 2025). Umgekehrt können Oppositionsparteien von der Unzufriedenheit mit dem Regierungshandeln profitieren (Matthieß 2020). Für Bürger:innen ist dabei neben der Handlungsfähigkeit der Regierung auch entscheidend, inwiefern die von ihnen gewählten Parteien ihre programmatischen Positionen umsetzen können. Wie stark die Wähler:innen die unterschiedlichen Ziele – stabile Mehrheiten und ein klares programmatisches Profil – gewichten, kann sich unterscheiden. Damit die Kontrollfunktion auch in Koalitionsregierungen funktioniert, muss erkennbar bleiben, welche Partei für welche Erfolge und Misserfolge verantwortlich ist.

⁵ In der Geschichte der Bundesrepublik gelangte die stimmenstärkste Fraktion nur in drei von 26 Kabinettsbildungen nicht in die Regierung – die CDU/CSU ging jeweils als stärkste Kraft in Opposition zu einer sozialliberalen Regierung unter SPD-Führung.

2.2 Veränderte Bedingungen und Grenzen von Mehrheitskoalitionen

Hier zeigt sich allerdings zugleich ein zentrales Problem des Regierens in Koalitionen: Parteien können nicht all ihre programmatischen Punkte und Wahlversprechen in die Koalition einbringen und dort umsetzen. Je mehr Parteien beteiligt sind und je größer ihre programmatischen Unterschiede ausfallen, desto umfassender müssen in der Regel die notwendigen Kompromisse sein (Stecker 2026). Wie groß diese Herausforderung ist, hängt wesentlich davon ab, wie viele Parteien für eine parlamentarische Mehrheit benötigt werden und wie weit diese ideologisch voneinander entfernt sind.

Gerade diese Voraussetzungen – also die der ideologischen Nähe – haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Die ideologischen Schnittmengen zwischen den Parteien sind kleiner geworden (Jun 2025), wodurch diese in Koalitionsverhandlungen mehr Zugeständnisse machen müssen, um einen gemeinsamen Koalitionsvertrag schließen zu können. Zusätzlich spielt auch die Fragmentierung des Parteiensystems, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, eine Rolle. Vor allem die zunehmende Stärke der Parteien am rechten sowie am linken Rand verringert die Zahl möglicher Mehrheitskoalitionen, weil die Stimmenanteile der Parteien der Mitte kleiner werden. Für die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit müssen daher häufiger mehr Parteien zusammenkommen, die zugleich programmatisch weiter voneinander entfernt sind. So sind mittlerweile Koalitionen zwischen zwei Parteien, insbesondere zwischen zwei ideologisch nahestehenden Parteien, schwieriger zu bilden. Nach aktuellen Umfragen hätte auf Bundesebene keine der Parteienkombinationen, die seit 1949 regiert haben, eine parlamentarische Mehrheit.⁶

Zusätzlich ist auch der Faktor der demokratischen Verortung der Parteien relevant. Rechnerisch mögliche Mehrheiten sind daher nicht zwangsläufig auch

politisch verfügbare Koalitionsoptionen. Das betrifft in vielen Fällen die Parteien der politischen Ränder, wie etwa die AfD, die bisher von fast allen etablierten Parteien als mögliche Koalitionsoption ausgeschlossen wird, oder die Linke, die insbesondere für die CDU aufgrund deren Unvereinbarkeitsbeschlusses keine Option darstellt.⁷ Diese beschränkten Handlungsspielräume, Gegebenheiten des Parteiensystems und die ideologische Positionierung der Parteien führen dazu, dass sich die Bedingungen parlamentarischer Mehrheitsbildung ändern.

Die veränderten Bedingungen der Regierungsbildung machen es notwendig, auch andere Formen des Regierens und parlamentarischen Entscheidens in den Blick zu nehmen. Diese alternativen Regierungsformen setzen nicht voraus, auf parlamentarische Mehrheiten oder eine stabile Regierungsführung zu verzichten. Sie unterscheiden sich von klassischen Mehrheitskoalitionen vor allem darin, *wie und zu welchem Zeitpunkt* Mehrheiten organisiert werden. Während die Parteien einer Mehrheitskoalition sich bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf eine gemeinsame politische Agenda und eine dauerhafte parlamentarische Mehrheit verständigen, müssen Mehrheiten bei anderen Regierungsformen, etwa bei Minderheitsregierungen oder beim Regieren mit flexiblen Mehrheiten, stärker für einzelne Vorhaben und Entscheidungen gesucht werden.

Doch die Erfahrungen mit alternativen Regierungsmodellen sind – besonders auf Bundesebene – sehr begrenzt, und trotz der zunehmenden Verschiebung von Stimmanteilen äußern sich Vertreter:innen der aktuellen Parteien im Bundestag nur selten zur Möglichkeit von Minderheitsregierungen auf Bundesebene; von keiner Partei gibt es hierzu eine klare Pro- oder Kontraposition. Die seltenen Wortmeldungen dazu sind allerdings meist kritisch. Bundeskanzler Friedrich Merz bezweifelt insbesondere, dass der Gesetzgebungsprozess ohne feste Mehrheitskoalition funktioniert: „Glaubt denn irgendjemand ernsthaft, wir könnten in diesem Deutschen Bundestag mit wechselnden Mehrheiten arbeiten und da noch vernünftige Gesetzgebungsarbeit machen?“⁸

6 <https://www.wahlrecht.de/umfragen/>, 20.7.2026

7 Der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU von 2018 schließt eine Zusammenarbeit mit AfD und Linke grundsätzlich aus, https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdu_deutschlands_unsere_haltung_zu_linkspartei_und_afd_0.pdf?file=1

8 Tagesschau.de. (2025, 17. November). Streit in der Union: Rentenpaket – aufschieben oder durchziehen? <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/rente-streit-abstimmung-100.html>

Dieser Fokus auf die Output-Dimension des politischen Handelns lässt die Präferenzen von Bürger:innen außer Acht, obwohl diese für die Legitimität anderer Regierungsoptionen doch von großer Bedeutung sind. Philipp Amthor, damals parlamentarischer Staatssekretär, zeigt sich ebenfalls skeptisch: „Stabilität ist ein Kernwert unseres parlamentarischen Systems. Minderheitsregierungen sind zwar abstrakt denkbar, aber das Leitbild der Bundesrepublik bleibt die stabile Mehrheitsregierung.“⁹ Auch hier wird deutlich, dass die meisten Politiker:innen bisher Minderheitsregierungen eher nicht als eine Option des Regierens sehen.

Diese Skepsis hinsichtlich alternativer Regierungsformen unter den politischen Akteur:innen steht somit einer Entwicklung der parlamentarischen Machtverhältnisse gegenüber, in der klassische Mehrheitskoalitionen schwerer zu bilden sind. Umso wichtiger ist es, zu betrachten, welche Alternativen es zu Mehrheitskoalitionen gibt.

9 Lohse, E., & Steppat, T. (2026). Streitgespräch über Brandmauer: „Die AfD lebt von der Phantasie, dass sie niemals auffliegt“ – „Das ist ein Märchen“. *faz.net* 17.6.2026, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/was-bringt-eine-brandmauer-streitgesprach-zwischen-amthor-und-stecker-accg-200896842.html>

3 Anders regieren mit Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten und starkem Parlamentarismus

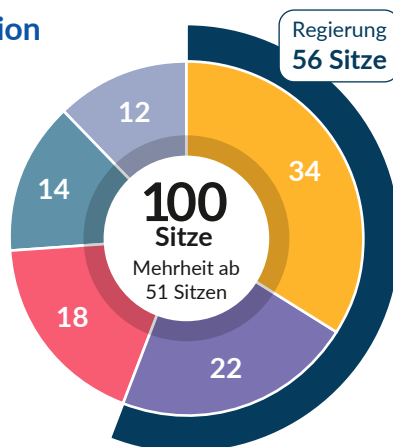
Die Herausforderungen des Anspruchs, feste Mehrheitskoalitionen zu bilden, bedeuten nicht, dass auf stabile Mehrheiten oder politische Handlungsfähigkeit verzichtet werden muss. Im Folgenden betrachten wir deshalb drei eng miteinander verbundene Ansätze: Minderheitsregierungen als alternative Regierungsform, flexible Mehrheiten als Form parlamentarischer

Mehrheitsbildung und eine stärkere Einbindung des Parlaments sowie der Opposition in politische Entscheidungen. Sie alle zeichnen sich dadurch aus, dass politische Mehrheiten stärker im laufenden parlamentarischen Prozess entstehen und nicht schon zu Beginn einer Legislaturperiode innerhalb einer festen Koalition festgelegt werden.

ABBILDUNG 1 Mehrheitskoalition, Minderheitsregierung und Regieren mit flexiblen Mehrheiten

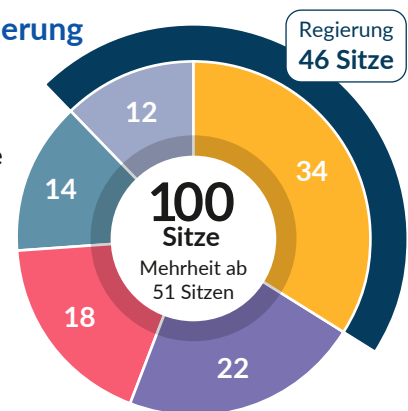
Mehrheitskoalition

Die Regierungsparteien haben eine **eigene Mehrheit** im Parlament.



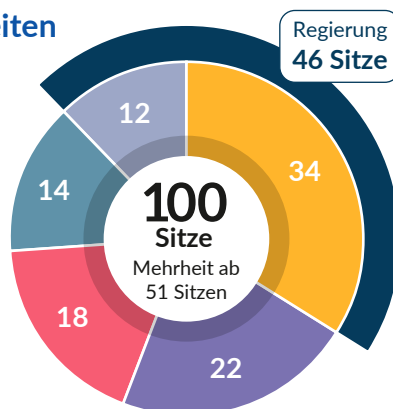
Minderheitsregierung

Die Regierungsparteien haben **keine eigene Mehrheit** im Parlament.



Flexible Mehrheiten

Je nach Thema entstehen **unterschiedliche Mehrheiten**.



Zum Beispiel:

Vorhaben A	Vorhaben B
Regierung 46 + Partei B 22	Regierung 46 + Partei C 18
= 68 Sitze	= 64 Sitze
Mehrheit mit Unterstützung von Partei B	Mehrheit mit Unterstützung von Partei C

Abbildung 1 zeigt die unterschiedlichen Logiken parlamentarischer Mehrheitsbildung und somit diverser Modelle des Regierens. Bei einer Mehrheitskoalition verfügen die Regierungsparteien gemeinsam über eine eigene Mehrheit im Parlament. Eine Minderheitsregierung hat diese Mehrheit nicht und ist daher auf Unterstützung aus der Opposition angewiesen. Bei flexiblen Mehrheiten kann diese Unterstützung je nach politischem Vorhaben von unterschiedlichen Parteien kommen – die parlamentarischen Mehrheiten werden also von Fall zu Fall mit verschiedenen Parteien zu inhaltlichen Themen neu gebildet.

3.1 Minderheitsregierungen als bekannteste Alternative

Die bekannteste und am häufigsten vorkommende Form des Regierens abseits klassischer Mehrheitskoalitionen in parlamentarischen Demokratien sind *Minderheitsregierungen*. Diese machen im Zeitraum von 1980 bis 2023 etwa 30 Prozent der Regierungen in etablierten parlamentarischen Systemen mit Verhältniswahlrecht aus (Ganghof 2025; Thürk und Stecker 2023). In einigen europäischen Demokratien, vor allem in Skandinavien, waren Minderheitsregierungen in der jüngeren Vergangenheit sogar der Normalfall: Dort regieren Minderheitskabinetts oft über die volle Legislaturperiode und gelten daher längst nicht als instabil. Das liegt vor allem an einer ausgeprägten Konsens- und Verhandlungskultur sowie – in Schweden und Dänemark – an einem negativen Parlamentarismus, der, im Gegensatz zum positiven Parlamentarismus, für Gesetzesvorhaben keine eigene Mehrheit benötigt, sondern lediglich keine Mehrheit gegen sich haben darf.

Die fehlende eigene Mehrheit erhöht zwar den politischen Abstimmungsbedarf, doch daraus folgt nicht zwangsläufig, dass Minderheitsregierungen instabil oder ineffizient sind. Vergleichende Studien zeigen, dass ihre Stabilität und Leistungsfähigkeit vor allem von ihrer institutionellen Ausgestaltung abhängen. Insbesondere Minderheitsregierungen mit festen Unterstützungsvereinbarungen können ähnlich stabil sein wie Mehrheitsregierungen und vergleichbare Ergebnisse bei der Umsetzung politischer Vorhaben erzielen (Krauss und Thürk 2022; Thürk 2022). Eine besondere Handlungsfähigkeit wird aus theoretischer Sicht Minderheitsregierungen zugeschrieben, denen

die Medianpartei – also die Partei in der Mitte des parlamentarischen Parteienspektrums – angehört. Dies liegt daran, dass sie „die parlamentarische Opposition spalten“ (Ganghof 2025: 143). Dadurch hat die Medianpartei theoretisch auf beiden Seiten des politischen Spektrums die Möglichkeit, parlamentarische Mehrheiten zu finden, und die Oppositionsparteien liegen ideologisch weiter voneinander entfernt.

Für die Stabilität ist vor allem entscheidend, ob die parlamentarische Unterstützung dauerhaft und somit institutionell organisiert ist. Bei formalisierten, oft im deutschen Kontext als „toleriert“ bezeichneten Minderheitsregierungen vereinbaren die Regierungsparteien mit einer oder mehreren Oppositionsparteien eine längerfristige Unterstützung. Empirische Studien zeigen, dass Minderheitsregierungen ohne feste Unterstützung ein höheres Risiko vorzeitigen Scheiterns aufweisen, während formal unterstützte Minderheitsregierungen ähnlich stabil sein können wie Mehrheitsregierungen (Krauss und Thürk 2022).

Minderheitsregierungen können zudem die Stellung des Parlaments und der Opposition stärken. Da die regierende Partei sich nicht auf feste Mehrheiten und damit verbundene, vorab vereinbarte Vorhaben verlassen kann, muss sie für neue Gesetzesvorhaben aktiv parlamentarische Mehrheiten suchen. Oppositionsparteien können dadurch Gesetzgebungsprozesse stärker beeinflussen. Minderheitsregierungen können somit trotz ihrer vermeintlichen Instabilität eine hohe legislative Leistungsfähigkeit erreichen (Thürk 2022).

Letztlich sind Minderheitsregierungen in Deutschland – zumindest auf Bundesebene – bisher nicht erprobt und kamen vor allem auf Länderebene zustande (siehe Tabelle 1). Auf der Ebene des Bundes waren nur dann Minderheitsregierungen im Amt, wenn klassische Mehrheitskoalitionen im Laufe einer Legislaturperiode gescheitert sind. Dies war zuletzt nach dem Rückzug der FDP aus der Ampel-Koalition Ende 2024 der Fall. Eine Minderheitsregierung auf Bundesebene wäre somit ein Präzedenzfall ohne Erfahrungswerte.

Für die Stabilität einer Minderheitsregierung besonders relevant ist vor allem der jährliche Haushaltsbeschluss, der eine parlamentarische Mehrheit erfordert und über den bereits die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung von Hannelore Kraft 2012 zerbro-

TABELLE 1 Übersicht der Minderheitsregierungen in den Ländern sowie im Bund in Deutschland

Bund/Land	Beginn	Ende	Dauer (Tage)	Form	Regierung	Tolerierungspartei
Saarland	13.07.1975	01.03.1977	598	tolerierte Minderheitsregierung	CDU	FDP (informell)
Niedersachsen	06.02.1976	19.01.1977	339	tolerierte Minderheitsregierung	CDU	FDP (informell)
Berlin	11.06.1981	17.03.1983	645	tolerierte Minderheitsregierung	CDU	FDP (informell)
Hessen	07.06.1984	12.12.1985	561	tolerierte Minderheitsregierung	SPD	Grüne (schriftliche Vereinbarung)
Sachsen-Anhalt	21.07.1994	26.05.1998	1.406	tolerierte Minderheitsregierung	SPD – B90/Grüne	PDS (informell)
Sachsen-Anhalt	26.05.1998	16.05.2002	1.452	tolerierte Minderheitsregierung	SPD	PDS (informell)
Berlin	16.06.2001	17.01.2002	216	tolerierte Minderheitsregierung	SPD – B90/Grüne	PDS (informell)
Nordrhein-Westfalen	14.07.2010	20.06.2012	708	tolerierte Minderheitsregierung	SPD – B90/Grüne	wechselnde Mehrheiten
Thüringen	04.03.2020	12.12.2024	1.745	tolerierte Minderheitsregierung	Linke – SPD – B90/Grüne	CDU
Bund	06.11.2024	05.05.2025	181	Minderheitsregierung	SPD – B90/Grüne	–
Thüringen	12.12.2024	–	–	Minderheitsregierung	CDU – SPD – BSW*	–
Sachsen	19.12.2024	–	–	tolerierte Minderheitsregierung	CDU – SPD	Konsultationsverfahren

*Seit September 2026 Thüringen.Gerecht.

Quelle: Tabelle basiert auf der Übersicht des Bundestags, abgerufen unter <https://www.bundestag.de/resource/blob/1029320/WD-1-023-24-pdf.pdf> (20.08.2026). Die Minderheitsregierungen Thüringen 2024 und Sachsen 2024 wurden ergänzt.

| BertelsmannStiftung

chen ist.¹⁰ Allerdings sorgt das konstruktive Misstrauensvotum auch im Falle einer Minderheitsregierung oder anderer Regierungsmodelle ohne feste Mehrheit für ein gewisses Maß an Stabilität. Auch eine Minderheitsregierung kann nicht allein dadurch gestürzt werden, dass die Opposition sie ablehnt – dafür müsste diese sich zusätzlich auf eine gemeinsame Nachfolge einigen, was bei mehreren, ideologisch unterschiedlichen Oppositionsparteien eine hohe Hürde darstellt.

Genauso wichtig wie die institutionellen Voraussetzungen sind jedoch vermutlich die politisch-kulturellen Einstellungen der zentralen politischen Akteure. Wenn diese sich bereits ex ante sehr kritisch zur Möglichkeit einer Minderheitsregierung äußern, erscheint es fraglich, ob die (Bundes-)Politik bereit für diese neuartige Zusammenarbeit ist – auch wenn die institutionellen Voraussetzungen gegeben sind.¹¹ Dies spielt vor allem für Bürger:innen eine Rolle, da ihnen im Fall der

10 Tappe, H. (2012). Gescheiterte NRW-Regierung: Die meisten Unfälle passieren im Haushalt. *Legal Tribune Online* 15.9.2026. <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/nrw-regierung-gescheitert-haushalt-neuwahlen>

11 So bezeichnete beispielsweise die Vorsitzende der Konrad-Adenauer Stiftung, Annegret Kramp-Karrenbauer, eine mögliche Minderheitsregierung als „informelle Koalition mit der AfD“: <https://www.spiegel.de/politik/cdu-annegret-kramp-karrenbauer-warnt-vor-minderheitsregierung-wegen-zusammenarbeit-mit-der-afd-a-e24fd66f-165b-49e9-8e53-2b10ee98db52>; Friedrich Merz erklärte, eine Minderheitsregierung sei „keine Option“: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-05/friedrich-merz-minderheitsregierung-ausgeschlossen>.

Bildung einer Minderheitsregierung möglicherweise weniger klar ist, ob die Regierungsparteien oder die sie unterstützenden Oppositionsparteien für politische Entscheidungen verantwortlich sind (Wäckerle und Proksch 2025).

Zusätzlich zu Fragen der institutionellen Funktionsfähigkeit und der Bereitschaft der Parteien, alternative Regierungsformen einzugehen, ist daher entscheidend für die Umsetzbarkeit solcher Modelle, inwiefern Bürger:innen diese Formen des Regierens als legitim und tragfähig bewerten.

3.2 Regieren mit flexiblen Mehrheiten

Minderheitsregierungen haben unterschiedliche Optionen, ihre fehlende parlamentarische Mehrheit auszugleichen. Eine Möglichkeit ist, dass sie sich über Tolerierungserklärungen die dauerhafte Unterstützung einer oder mehrerer Parteien sichern („tolerante Minderheitsregierung“). Eine andere Möglichkeit ist das *Regieren mit flexiblen Mehrheiten*, bei der es keine festgelegte, dauerhafte Unterstützung anderer Parteien gibt. Hier sucht sich die regierende Partei je nach Thema flexibel Mehrheiten im Parlament. Welche Parteien dabei zusammenarbeiten, kann sich von Thema zu Thema unterscheiden. Eine Regierung kann beispielsweise bei einem sozialpolitischen Vorhaben von Parteien links der Mitte unterstützt werden und bei einem wirtschaftspolitischen Vorhaben mit anderen Parteien zusammenarbeiten. Flexible Mehrheiten treten besonders häufig bei Minderheitsregierungen auf, sind mit diesen aber nicht gleichzusetzen. Sie sind daher weniger eine Regierungsform als eine Art der politischen Entscheidungsfindung und Mehrheitsaggregation im Parlament (Stecker 2026).

Dadurch gewinnt neben dem Parlament als gesamte Institution besonders die Opposition stärker an Bedeutung. Da ihre Stimmen für die Verabschiedung von Gesetzen benötigt werden, können einzelne Oppositionsparteien früher in Verhandlungen einbezogen werden und dadurch stärkeren Einfluss auf politische Vorhaben erhalten. Eine Studie zu Schweden zeigt, dass der Einfluss sich nicht automatisch auf die gesamte Opposition verteilt, sondern davon abhängt, welche Parteien für die Bildung einer Mehrheit benötigt werden und wie groß deren Verhandlungsmacht ist (Müller 2024).

Sowohl Minderheitsregierungen als auch Regierungen mit flexiblen Mehrheiten können eine Möglichkeit darstellen, politische Handlungsfähigkeit zu erhalten und diese eventuell sogar zu verstärken (Stecker 2026). Vor allem die Erfahrungen der Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen von 2010 bis 2012 zeigen, dass Gesetzgebung auch ohne dauerhaft festgelegte Regierungsmehrheit funktionieren kann (Ganghof et al. 2012). In einem stärker fragmentierten Parteiensystem können Minderheitsregierungen mit flexiblen Mehrheiten eine Alternative zu ideologisch sehr breiten Mehrheitskoalitionen sein. Dadurch müsste nicht bereits während der Regierungsbildung versucht werden, in einem umfassenden Koalitionsvertrag so viele Konflikte wie möglich aufzulösen, sondern Mehrheiten könnten stärker themenbezogen gebildet werden.

3.3 Mehr Parlament durch stärkere Oppositionseinbindung

Bei alternativen Formen des Regierens geht es nicht nur darum, welche Parteien die Regierung bilden, sondern auch, wie Regierung, Parlament und Opposition bei politischen Entscheidungen zusammenwirken. Die dritte Dimension bezieht sich auf genau diese Frage. Diese ist besonders relevant, da nicht selten darüber gesprochen wird, dass die Opposition wenig Möglichkeiten hat, politische Entscheidungen zu gestalten. Und das, obwohl die Opposition in parlamentarischen Demokratien mehrere Funktionen erfüllt, die für den Erhalt der Demokratie essenziell sind. Vor allem hat sie die Funktion, die Regierung zu kritisieren und deren Entscheidungen zu hinterfragen. Dabei kann sie versuchen, eigene politische Inhalte in Gesetzgebungsverfahren einzubringen (Helms 2008; Garritzmann 2017).

Wie stark die Opposition in politische Entscheidungen einbezogen wird, unterscheidet sich aber je nach Art der Demokratie. In stärker mehrheitsorientierten Systemen ist die Trennung zwischen Regierung und Opposition typischerweise deutlicher ausgeprägt. In konsensorientierten Demokratien ist das Verhältnis zwischen Exekutive und Parlament dagegen ausgeglichener und Oppositionsparteien verfügen häufig über größere Möglichkeiten, parlamentarische Prozesse mitzugestalten – etwa über Ausschüsse, Änderungsanträge oder eigene Initiativen (Lijphart 1999; Louwerse und Otjes 2019). Vor allem unter Minderheitsregierungen und in Parlamenten mit starken Ausschüssen kann

die Opposition größeren Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess gewinnen, etwa indem sie Regierungsvorlagen verändert, Änderungsanträge einbringt oder inhaltliche Zugeständnisse aushandelt (Garritzmann 2017; König, Lin und Silva 2023).

Der Gedanke, die Opposition einzubinden, findet sich auch in einer besonderen Form der Minderheitsregierung, die seit den Landtagswahlen 2024 in Sachsen im Amt ist. Die regierenden Parteien CDU und SPD haben sich dafür entschieden, einen sogenannten *Konsultationsmechanismus* einzurichten. Der hat das Ziel, frühzeitig eine breite Einbindung der Opposition in politische Entscheidungen zu gewährleisten. Über dieses Verfahren wird die Bildung von Mehrheitsverhältnissen erleichtert und Kompromisse können einfacher geschlossen werden. Im sächsischen Beispiel hat die Regierung mehrere Optionen, Mehrheiten im Parlament zu organisieren, und kann durch das Konsultationsverfahren frühzeitig auf die jeweiligen Akteure zugehen. Das Verfahren stellt jedoch keine formellen Rechte der Opposition zur Mitentscheidung dar (siehe Domsgen und Steidele 2026).

Auch die Bevölkerung betrachtet die Opposition nicht ausschließlich als Kontrolleurin der Regierung. Eine vergleichende Studie in Dänemark, den Niederlanden, Kanada und Großbritannien zeigt, dass Bürger:innen von Oppositionsparteien sowohl erwarten, die Regierung zu kontrollieren und politische Alternativen zu formulieren, als auch die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit. Welche dieser Aufgaben besonders betont wird, hängt unter anderem von der politischen Konfliktorientierung und der Zufriedenheit mit der Demokratie ab (Louwerse und Zorina 2026). Eine stärkere Einbindung der Opposition könnten Bürger:innen daher auch als Ausdruck des Wunsches nach Zusammenarbeit wahrnehmen.

4 Der Blick der Bürger:innen auf alternative Regierungsformen

Die Perspektive der Bürger:innen ist besonders dann wichtig, wenn Regierungsformen von vertrauten Mustern abweichen, da die demokratische Legitimität und die Stabilität der Regierung somit auch von der Akzeptanz der Bevölkerung abhängen. Die Frage, wie Bürger:innen diese Modelle beurteilen, erfordert einen Blick auf unterschiedliche Dimensionen von Alternativen zur Mehrheitskoalition. Ihre Bewertung betrifft sowohl die Zusammensetzung der Regierung als auch die Art, wie parlamentarische Mehrheiten entstehen und politische Entscheidungen ausgehandelt werden. Wir betrachten im Folgenden den Blick der Bürger:innen auf zwei zentrale, eng miteinander verbundene Dimensionen im Kontext des Regierens:

1. Die Präferenzen für alternative Regierungsformen jenseits von Mehrheitskoalitionen und
2. die Einstellung gegenüber der Opposition und deren früherer Einbindung in Entscheidungen.

Diese zwei Aspekte geben Aufschluss darüber, wer aus Sicht der Bürger:innen regieren sollte, wie Mehrheiten zustande kommen und organisiert werden sollten und inwiefern politische Entscheidungen verstärkt im Parlament ausgehandelt werden sollten.

4.1 Welche alternativen Regierungsmodelle finden Zustimmung?

Bevor wir auf Minderheitsregierungen und flexible Mehrheiten eingehen, stellt sich die grundlegendere Frage, *wer aus Sicht der Bürger:innen überhaupt regieren sollte*. In parlamentarischen Systemen ergibt sich aus dem Wahlsieg einer Partei kein automatischer Anspruch auf Regierungsbeteiligung. Gleichzeitig existiert mit dem sogenannten Pluralitätsprinzip die Vorstellung, dass die stimmenstärkste Partei die Regierung bilden oder ihr zumindest angehören sollte (Mattila und Raunio 2004; Plescia und Eberl 2021). Ob Bürger:innen dieser Vorstellung folgen, ist daher eine erste wichtige Frage.

Abbildung 2 zeigt die allgemeine Einstellung der Bürger:innen zur Frage, ob die stimmenstärkste Partei an der Regierung sein sollte (links), sowie die Meinung dazu bei den unterschiedlichen Parteiwählerschaften (rechts). Wir sehen, dass 55 Prozent der Befragten die Beteiligung der stimmenstärksten Partei an der Regierung eher oder sehr stark befürworten. Nur ein geringer Teil lehnt diese Beteiligung ab. Blickt man jedoch

Daten

Die folgenden Analysen beziehen sich auf Umfragedaten einer Online-Befragung, die vom 23.6.2026 bis 9.7.2026 vom Umfrageinstitut YouGov Deutschland GmbH im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde. Befragt wurden 3.283 Personen. Die Stichprobe wurde quotiert anhand der repräsentativen Zielverteilungen für die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre hinsichtlich der Kriterien Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland, Urbanität, politisches Interesse und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2025.

Die Befragung ist Teil des Demokratiemonitors, der regelmäßig Einstellungen zu politischer Repräsentation und Demokratie sowie Wahrnehmungen von Politik misst.

auf die Präferenzen nach Parteiwahl, zeigen sich deutliche Unterschiede: Vor allem Wähler:innen der AfD (mit knapp 80 Prozent am deutlichsten), des BSW und der FDP befürworten die Beteiligung der stimmenstärksten Partei an der Regierung sehr stark. Wähler:innen der CDU/CSU sowie SPD tendieren zur Mitte und sind unentschieden, in Teilen jedoch auch eher zustimmend. Die Wähler:innen der Grünen hingegen zeigen insgesamt die stärkste Ablehnung dieser Idee.

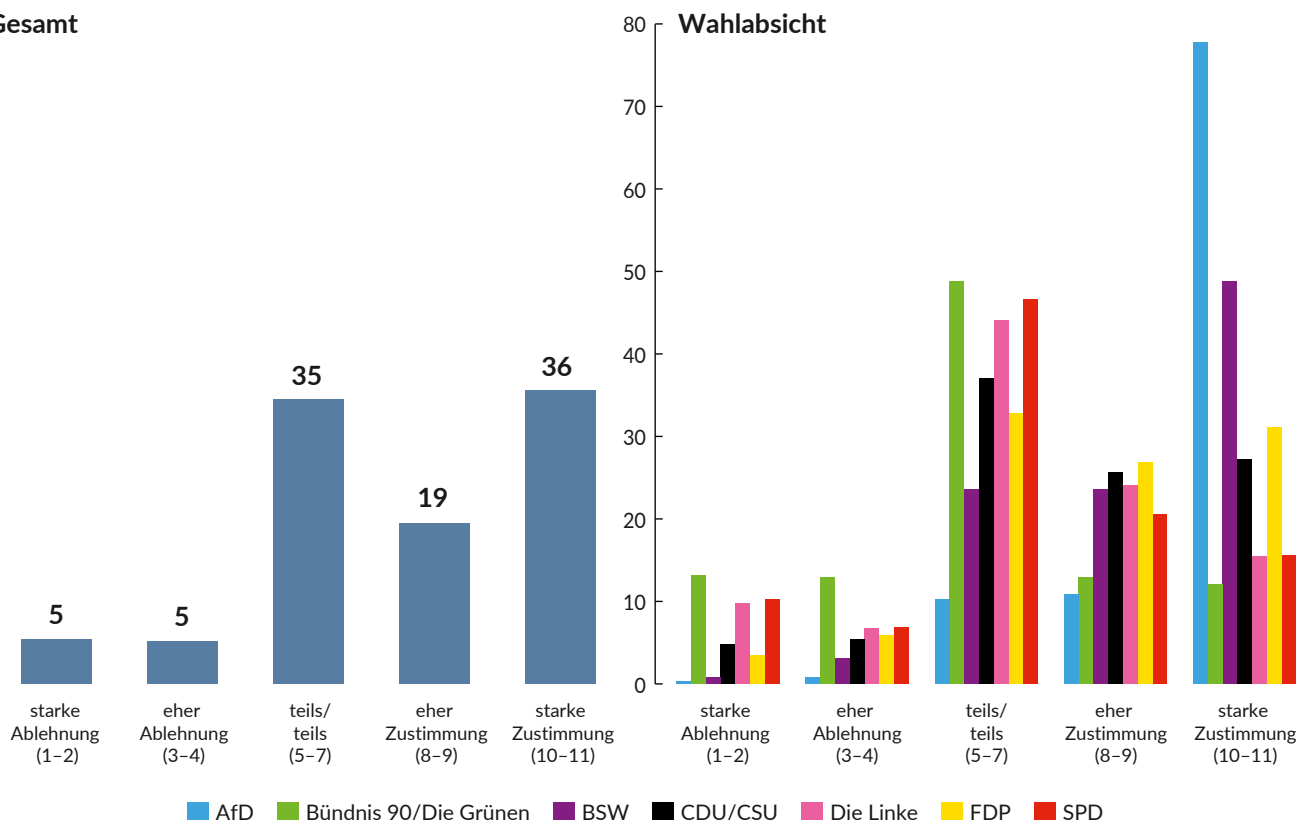
Wir sehen hier zwar, dass die Mehrheit der Befragten in unserer Umfrage meint, die Partei mit den meisten Wählerstimmen sollte an der Regierung beteiligt sein. Die deutlichen Unterschiede zwischen den Parteiwäh-

lerschaften zeigen jedoch, dass diese Vorstellung nicht unabhängig vom politischen Kontext bewertet wird. Vor allem Anhänger:innen von Parteien, die von einem solchen Prinzip gegenwärtig profitieren könnten, befürworten den Anspruch der stärksten Partei auf Regierungsbeteiligung. Ähnliche Schlussfolgerungen ziehen Ecker, Meyer und Plescia (2025) anhand einer Analyse der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Sie zeigen, dass Bürger:innen aus einem Wahlergebnis keinen eindeutigen Regierungsbildungsauftrag ableiten. Welche Regierung aus ihrer Sicht einen solchen Auftrag haben sollte, hängt stark von der jeweiligen Parteipräferenz ab und nicht allein davon, welche Partei stärkste Kraft geworden ist.

ABBILDUNG 2 Sollte die Partei mit den meisten Wählerstimmen an der Regierung beteiligt sein?

„Die Partei mit den meisten Wählerstimmen sollte an der Regierung beteiligt sein.“

Gesamt



Anteile der Befragten werden in Prozent dargestellt. Die Abbildung zeigt die Zustimmung zur Frage „Die Partei mit den meisten Wählerstimmen sollte an der Regierung beteiligt sein“. Die ursprüngliche Antwortskala dieser Frage ist eine 11er-Skala; für einen besseren Überblick wurde diese in eine 5er-Skala transformiert: starke Ablehnung (Antwortskala 1–2), eher Ablehnung (3–4), teils/teils (5–7), eher Zustimmung (8–9) und starke Zustimmung (10–11). Die Wahlabsicht wurde mit der klassischen Sonntagsfrage erhoben.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

BertelsmannStiftung

Die Präferenz für die Beteiligung der stärksten Partei sagt zudem noch nichts darüber aus, wie nach Meinung der Bürger:innen parlamentarische Mehrheiten organisiert und somit politische Entscheidungen getroffen werden sollten. Abbildung 3 zeigt die Bewertungen der drei im Folgenden betrachteten Modelle: Minderheitsregierungen, flexible Mehrheiten und die frühzeitige Einbindung der Opposition. Dargestellt sind jeweils die Präferenzen der Befragten insgesamt (links) sowie aufgeschlüsselt nach Parteipräferenz (rechts).¹²

Betrachten wir zunächst die Einstellungen gegenüber **Minderheitsregierungen**, jene Alternative zu Mehrheitskoalitionen, die am häufigsten in der politischen Öffentlichkeit diskutiert wird. Die Einstellungen der Bürger:innen dazu sind bisher aber nur wenig erforscht (siehe für Deutschland z. B. Matthieß und Stecker 2025; Wackerle und Proksch 2025). Erste Studien zeigen, dass die Bevölkerung hierzulande mehrheitlich weiterhin feste Mehrheitsregierungen bevorzugt. Minderheitsregierungen werden jedoch dann positiver bewertet, wenn Bürger:innen denken, dass dadurch die von ihnen präferierte Partei größeren politischen Einfluss erhält. Zusätzlich favorisieren sie Minderheitsregierungen, wenn dadurch demokratische Entscheidungsprozesse verbessert werden können (Matthieß und Stecker 2025). Wackerle und Proksch (2025) zeigen, dass Befragte in Dänemark Minderheitsregierungen insgesamt positiver beurteilen als Befragte in Deutschland und Schweden.

Abbildung 3 (oberes Panel) zeigt, dass die Befragten gegenüber einer Minderheitsregierung größtenteils indifferent sind. Fast 55 Prozent ordnen sich in der Mitte ein und sind somit entweder unentschlossen oder haben eine gespaltene Meinung dazu, ob Minderheitsregierungen eine gute Sache sind. Lediglich 20 Prozent der Befragten sind eher oder stark befürwortend, das verbleibende Viertel befindet sich auf der ablehnenden Seite. Eine zentrale Rolle für die Beurteilung kann die Parteipräferenz der Befragten spielen. Es zeigen sich hier in der Tat – wenn auch nur geringfügig – unterschiedliche Meinungen. Der Großteil aller Wähler:innen der verschiedenen Parteien positioniert sich indifferent zu Minderheitsregierungen. Auffällig sind die AfD-Wähler:innen, die mit etwas über 20 Prozent

eine deutlich stärkere Ablehnung zeigen als alle anderen Wählergruppen. Mit jeweils knapp über 10 Prozent sind aber die Wähler:innen der AfD und des BSW auch diejenigen, die die positivste Meinung von Minderheitsregierungen haben.

Die Meinung der Bürger:innen zu **flexiblen Mehrheiten** (Panel in der Mitte der Abbildung 3) unterscheidet sich hingegen von der Einstellung zu Minderheitsregierungen. Die Menschen sind zwar ähnlich wie bei ihrer Einstellung zu Minderheitsregierungen größtenteils indifferent, doch wir sehen auch, dass ein größerer Anteil der Befragten sich eher oder sehr zustimmend einordnet: Insgesamt sind rund 36 Prozent der Meinung, dass politische Entscheidungen durch flexible Mehrheiten getroffen werden sollten. Für die Anhänger:innen der diversen Parteien zeigt sich, dass vor allem die Wähler:innen von AfD, BSW und FDP flexible Mehrheiten stark begrüßen – anders als bei der Frage nach Minderheitsregierungen. Die Ablehnung einer Minderheitsregierung geht also anscheinend nicht zwingend damit einher, dass Wähler:innen keine flexiblen Mehrheiten wollen. Eine mögliche Erklärung wäre, dass flexible Mehrheiten stärker mit der Möglichkeit verbunden werden, dass die jeweils präferierte Partei auch aus der Opposition heraus eigene Positionen in einzelne politische Entscheidungen einbringen kann. Bei Minderheitsregierungen dürfte dagegen stärker die Regierungsform selbst im Vordergrund stehen sowie die Frage, wie verlässlich eine Regierung ohne eigene parlamentarische Mehrheit arbeiten kann.

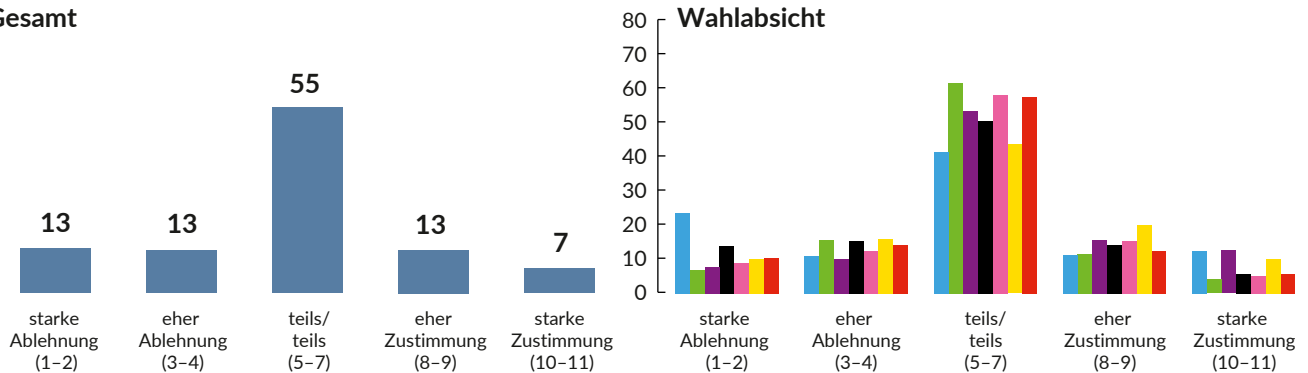
Im Gegensatz zur Einstellung gegenüber Minderheitsregierungen oder flexiblen Mehrheiten sehen wir bei der Frage nach der **Einbindung der Opposition** (unteres Panel der Abbildung 3) deutliche Unterschiede. Knapp 54 Prozent der Befragten sprechen sich für eine frühzeitige Einbindung der Opposition vor wichtigen Entscheidungen aus. Unentschlossen oder zwiegespalten sind hingegen etwa 42 Prozent. Bei der Frage nach Einbeziehung der Opposition zeigen sich zudem deutliche Unterschiede zwischen den Parteiwählerschaften: Vor allem AfD-, BSW- und FDP-Wähler:innen wünschen sich sehr stark die Einbindung der Opposition, wohingegen vor allem Linke-, SPD- und Grüne-Wähler:innen sich in der Mitte einordnen. CDU-Wähler:innen sind entweder unentschlossen oder eher zustimmend.

12 In Anhang B finden sich weiterführende deskriptive Analysen zur Verteilung der Befragten mit Blick auf die betrachteten Regierungsmodelle, basierend auf ihren soziodemografischen und politischen Merkmalen.

ABBILDUNG 3 Die Meinung der Bürger:innen zu alternativen Regierungsformen

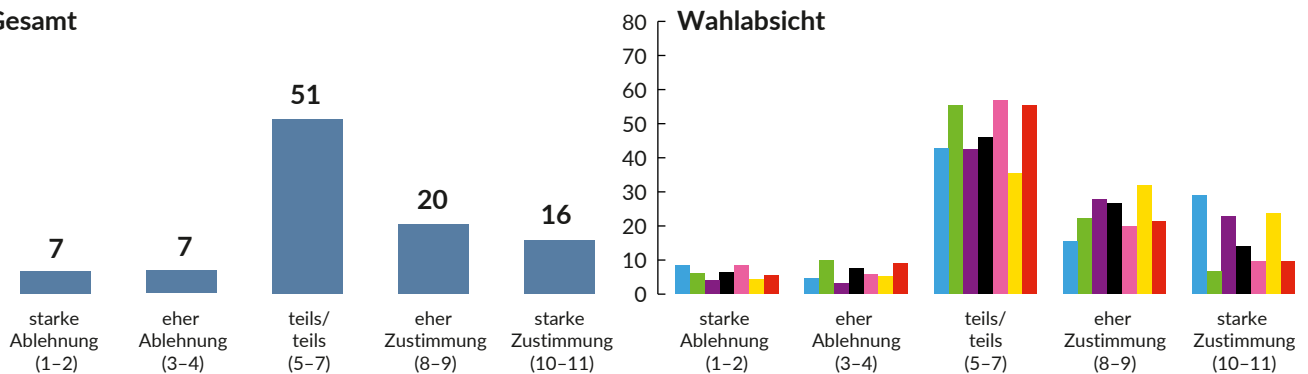
„Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache.“

Gesamt



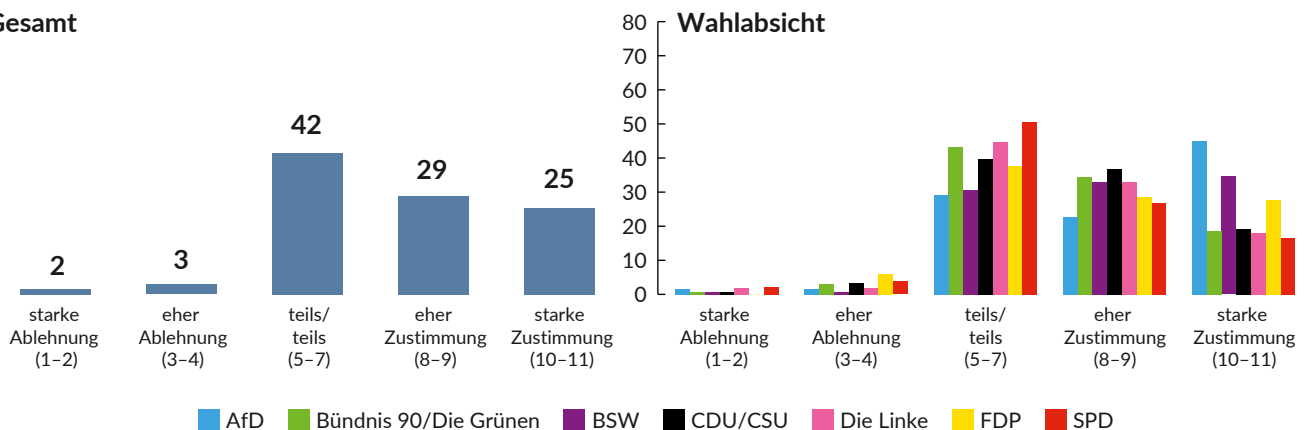
„Politische Entscheidungen sollten durch flexible Mehrheiten – also wechselnde Bündnisse verschiedener Parteien je nach Thema – beschlossen werden können.“

Gesamt



„Regierungen sollten vor wichtigen Entscheidungen frühzeitig die Parteien in der Opposition im Parlament einbeziehen.“

Gesamt



Die Anteile der Befragten werden in Prozent dargestellt. Die Abbildung zeigt die Zustimmung zur Frage „Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache“ (oben), die Zustimmung zur Frage „Politische Entscheidungen sollten durch flexible Mehrheiten – also wechselnde Bündnisse verschiedener Parteien je nach Thema – beschlossen werden können“ (Mitte) sowie zur Frage „Regierungen sollten vor wichtigen Entscheidungen frühzeitig die Parteien in der Opposition im Parlament einbeziehen“ (unten). Die ursprüngliche Antwortskala der drei Fragen ist eine 11er-Skala; für einen besseren Überblick wurde diese in eine 5er-Skala transformiert: starke Ablehnung (Antwortskala 1–2), eher Ablehnung (3–4), teils/teils (5–7), eher Zustimmung (8–9) und starke Zustimmung (10–11). Die Wahlabsicht wurde mit der klassischen Sonntagsfrage erhoben.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

| BertelsmannStiftung

4.2 Wovon hängt die Bewertung alternativer Modelle ab?

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, wie Bürger:innen unterschiedliche Formen des Regierens bewerten und auch wie sich diese Einschätzungen zwischen den Parteiwählerschaften unterscheiden. Aus den deskriptiven Unterschieden lässt sich aber noch nicht ableiten, welche Faktoren tatsächlich mit einer höheren oder niedrigeren Zustimmung für die diversen Regierungsformen zusammenhängen. Daher untersuchen wir im Folgenden anhand multivariater Regressionsanalysen (OLS), welche soziodemografischen Merkmale und auch politischen Einstellungen im Zusammenhang mit den Einstellungen zu Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten und einer stärkeren Einbindung der Opposition stehen.¹³ Die Ergebnisse haben wir in den Abbildungen 4 bis 6 dargestellt. Diese zeigen, wie stark und in welche Richtung die jeweiligen Informationen die Bewertung verändert haben.

Ein Einflussfaktor für die Bewertung von **Minderheitsregierungen** kann die Parteipräferenz sein. Abbildung 4 zeigt, dass Wähler:innen des BSW und der Linken Minderheitsregierungen positiver bewerten als Wähler:innen der CDU/CSU, die in allen Modellen als Referenzkategorie gelten. Für die anderen Parteiwähler:innen sehen wir keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf die Bewertung von Minderheitsregierungen. Die soziodemografischen Merkmale der Befragten spielen kaum eine Rolle. Weder für Geschlecht noch Bildung oder die Region zeigen sich Zusammenhänge mit den Einstellungen zu Minderheitsregierungen.

Ein klarer Zusammenhang zeigt sich bei der Bewertung von Minderheitsregierungen aber mit der Einstellung zu flexiblen Mehrheiten. Jene Befragte, die flexible Mehrheiten positiver sehen, neigen auch dazu, Minderheitsregierungen positiver zu bewerten. Ebenso wirkt sich eine höhere Demokratiezufriedenheit positiv auf die Bewertung von Minderheitsregierungen aus. Andere politische Einstellungen, wie politisches Interesse, die Forderung, Politiker:innen sollten stärker auf Bürger:innen hören, die Bewertung von Kompromissen oder die Zustimmung zu einer Zusammenarbeit mit der AfD, hängen hingegen nicht mit der Einstellung zu Minderheitsregierungen zusammen. Die Ergeb-

nisse deuten somit darauf hin, dass die Einstellung zu Minderheitsregierungen abhängen könnte von einer grundsätzlicheren Offenheit für flexible Formen parlamentarischer Mehrheitsbildung.

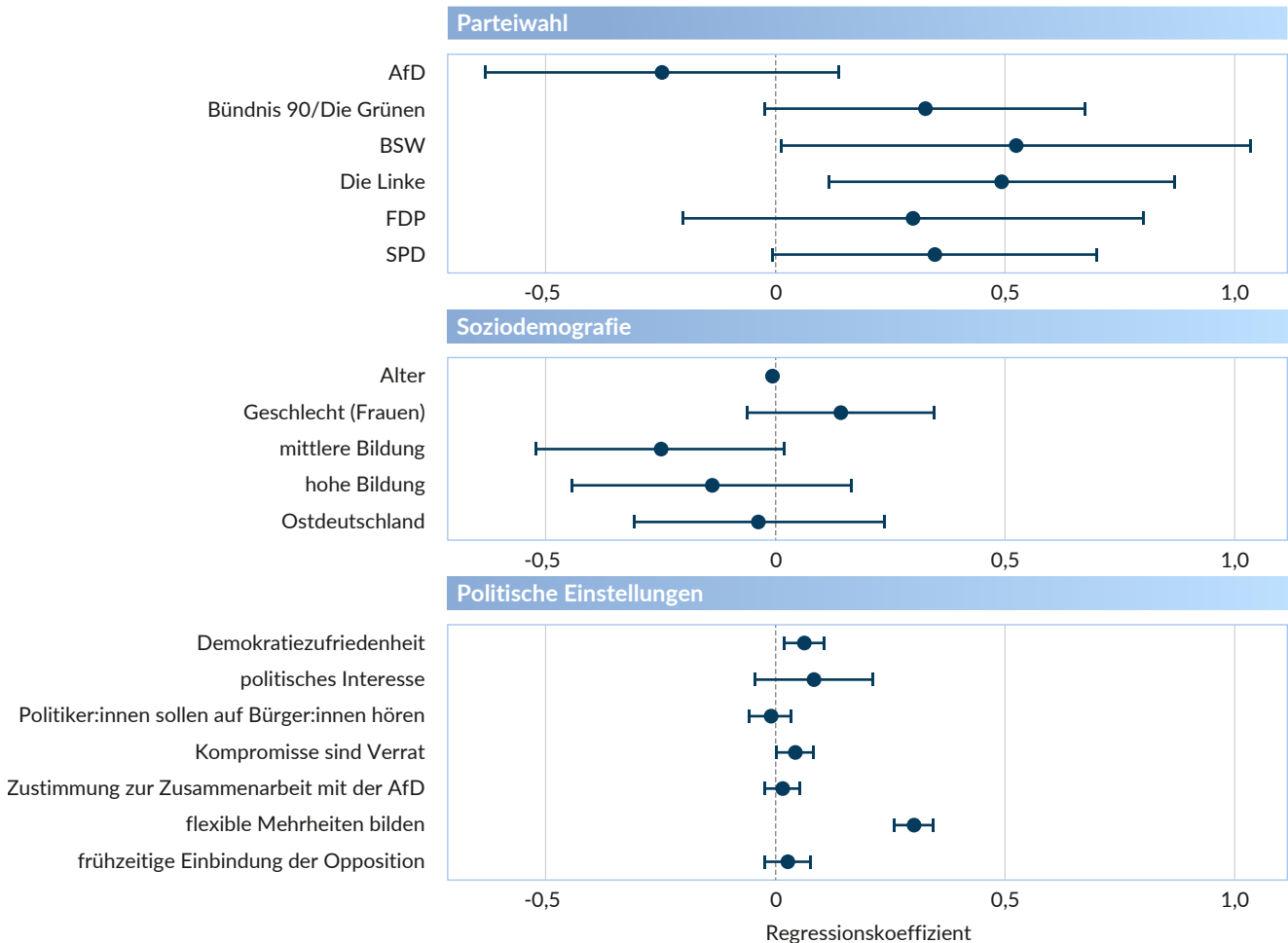
Bei der Zustimmung zu **flexiblen Mehrheiten** zeigt sich in Abbildung 5, dass diese nur begrenzt durch die Parteipräferenz erklärt wird. Vor allem bei AfD-Wähler:innen ist aber ein deutlich negativer Einfluss auf die Zustimmung zu flexiblen Mehrheiten zu erkennen – für die übrigen Parteiwählerschaften ergeben sich keine statistisch signifikanten Zusammenhänge. Doch zeigen sich Zusammenhänge auch für soziodemografische Merkmale sowie politische Einstellungen. Befragte mit höherer Bildung tendieren eher dazu, flexible Mehrheiten positiver zu bewerten, während Bürger:innen mit geringerem politischem Interesse diesen negativer gegenüberstehen. Besonders ausgeprägt ist allerdings der Zusammenhang mit der Haltung zur Rolle der Opposition: Befragte, die eine Einbindung der Opposition eher befürworten, sind auch eher für flexible Mehrheiten. Ebenso geht eine positivere Bewertung von Minderheitsregierungen sowie auch der Zusammenarbeit mit der AfD einher mit einer stärkeren Unterstützung flexibler Mehrheiten. Die Ergebnisse deuten somit darauf hin, dass flexible Mehrheiten insbesondere von Befragten unterstützt werden, die für eine offenere und parteiübergreifende parlamentarische Entscheidungsfindung sind.

Für die Einstellung zur **Einbindung der Opposition** zeigen die Ergebnisse der OLS-Regression in Abbildung 6 nur wenig Zusammenhang mit der Parteipräferenz. Nur für die Wähler:innen der Grünen sehen wir, dass diese – im Vergleich zur CDU/CSU als Referenzkategorie – mehr Oppositionseinbindung befürworten. Mehr als Parteipräferenzen sind aber politische Einstellungen entscheidend, um die Ansichten zur Einbindung der Opposition zu erklären. Geringeres politisches Interesse führt zu einer negativeren Bewertung von Oppositionseinbindung in politische Entscheidungen. Bürger:innen, die der Meinung sind, Politiker:innen sollten auf die Bevölkerung hören, sowie jene, die Kompromisse als Verrat betrachten oder die einer Zusammenarbeit mit der AfD gegenüber offen sind, neigen hingegen eher dazu, die Einbindung der Opposition positiver zu bewerten. Ebenso besteht ein

13 Die Befunde sind als statistische Zusammenhänge und nicht als kausale Effekte zu interpretieren. Die Regressionstabellen zu den folgenden Abbildungen finden sich in Anhang C.

ABBILDUNG 4 Einfluss politischer und soziodemografischer Faktoren auf die Einstellung zu Minderheitsregierungen

Abhängige Variable: „Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache.“



Die Abbildung zeigt Regressionskoeffizienten aus einer OLS-Regression mit 95%-Konfidenzintervallen. Die abhängige Variable „Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache“ wurde auf einer 11er-Skala gemessen. Referenzkategorien: für Parteiwahl = CDU/CSU; für Bildung = niedrige Bildung (kein Abitur). Hinweis: $R^2 = 0,09$; das Modell erklärt nur einen begrenzten Teil der Unterschiede in der Bewertung von Minderheitsregierungen.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

BertelsmannStiftung

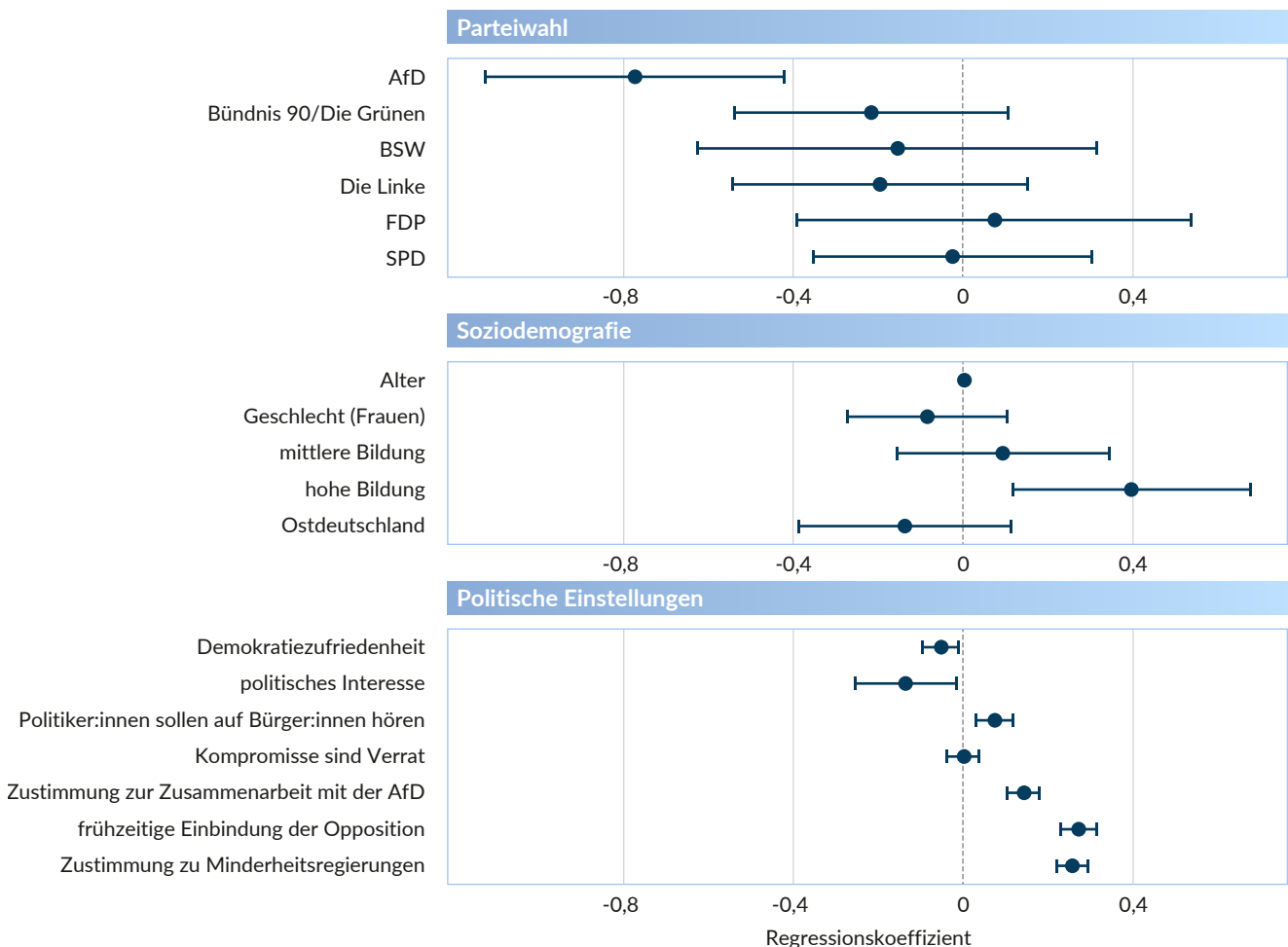
signifikanter, stark positiver Zusammenhang zwischen der Befürwortung flexibler Mehrheiten und der Einbindung der Opposition in Entscheidungen.

Eine mögliche Interpretation ist, dass die Befragten mit der stärkeren Einbindung der Opposition unterschiedliche Erwartungen verbinden. Bürger:innen, die Kompromisse eher als Verrat betrachten, könnten sich davon versprechen, dass Positionen im politischen Prozess klarer vertreten werden und weniger auf-

grund von Regierungsabsprachen in den Hintergrund geraten. Für Befragte, die offen sind für eine Zusammenarbeit mit der AfD, dürfte die Einbindung der Opposition dagegen auch bedeuten, dass die AfD stärker an parlamentarischen Entscheidungen beteiligt wird. Bürger:innen, die der Ansicht sind, Politiker:innen sollten mehr auf die Bevölkerung hören, könnten in einer frühzeitigen Beteiligung der Opposition eine Möglichkeit sehen, mehr gesellschaftliche Interessen in den Entscheidungsprozess einzubringen.

ABBILDUNG 5 Einfluss politischer und soziodemografischer Faktoren auf die Einstellung zu flexiblen Mehrheiten

Abhängige Variable: „Politische Entscheidungen sollten durch flexible Mehrheiten – also wechselnde Bündnisse verschiedener Parteien je nach Thema – beschlossen werden können.“



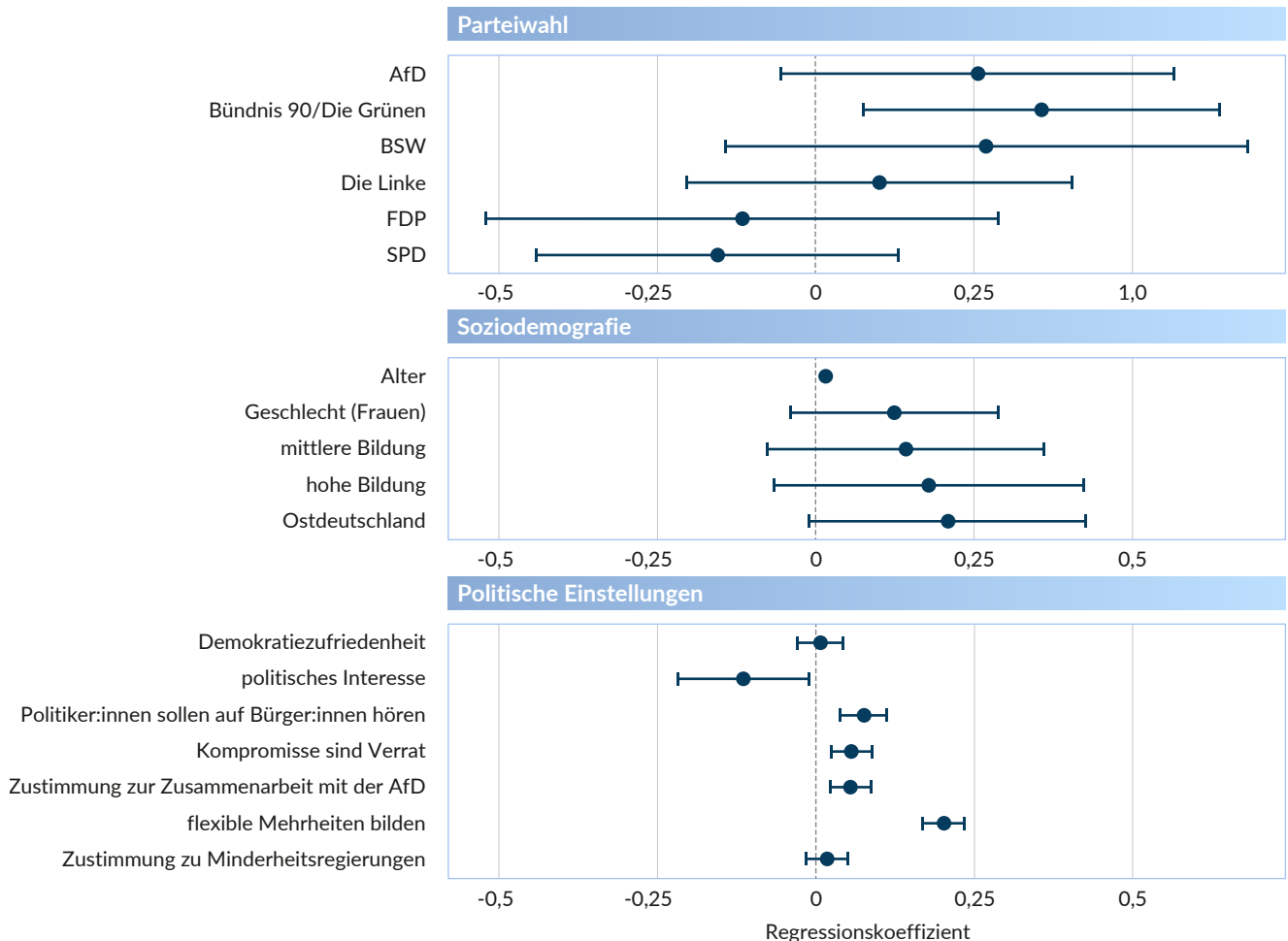
Die Abbildung zeigt Regressionskoeffizienten aus einer OLS-Regression mit 95%-Konfidenzintervallen. Die abhängige Variable „Politische Entscheidungen sollten durch flexible Mehrheiten – also wechselnde Bündnisse verschiedener Parteien je nach Thema – beschlossen werden können“ wurde auf einer 11er-Skala gemessen. Referenzkategorien: für Parteiwahl = CDU/CSU; für Bildung = niedrige Bildung (kein Abitur). Hinweis: $R^2 = 0,20$; das Modell erklärt nur einen begrenzten Teil der Unterschiede in der Bewertung von flexiblen Mehrheiten.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 6 Einfluss politischer und soziodemografischer Faktoren auf die Einstellung zur Oppositionseinbindung

Abhängige Variable: „Regierungen sollten vor wichtigen Entscheidungen frühzeitig die Parteien in der Opposition im Parlament einbeziehen.“



Die Abbildung zeigt Regressionskoeffizienten aus einer OLS-Regression mit 95%-Konfidenzintervallen. Die abhängige Variable „Regierungen sollten vor wichtigen Entscheidungen frühzeitig die Parteien in der Opposition im Parlament einbeziehen“ wurde auf einer 11er-Skala gemessen. Referenzkategorien: für Parteiwahl = CDU/CSU; für Bildung = niedrige Bildung (kein Abitur). Hinweis: $R^2 = 0.16$; das Modell erklärt nur einen begrenzten Teil der Unterschiede in der Bewertung von Oppositionseinbindung.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

BertelsmannStiftung

5 Zwischenfazit

Die bisherigen Analysen zeigen, dass die Frage nach der Zukunft des Regierens nicht nur durch die Wahl zwischen einer klassischen Mehrheitskoalition und einer Minderheitsregierung beantwortet werden kann. Hinter den unterschiedlichen Regierungsmodellen stehen grundlegendere Fragen, etwa: Wie sollen Wahlergebnisse in politische Macht übersetzt werden? Zu welchem Zeitpunkt sollen parlamentarische Mehrheiten gebildet werden? Und wie stark sollen Parteien außerhalb der Regierung an politischen Entscheidungen beteiligt sein?

Eine wichtige Unterscheidung in diesem Kontext ergibt sich bei der Frage, inwiefern politische Akteur:innen, aber auch Bürger:innen, frühzeitig festgelegte Regierungsmehrheiten bevorzugen oder sie einer offeneren und stärker parlamentarisch ausgehandelten Mehrheitsbildung positiv gegenüberstehen.

Auch die Bewertung alternativer Regierungsformen zeigt keine eindeutige Ablehnung, aber ebenso wenig eine klare Präferenz für diese Modelle. Gegenüber Minderheitsregierungen positioniert sich ein großer Teil der Befragten unentschlossen – eine Erklärung könnte sein, dass Bürger:innen keine oder wenig Erfahrungen mit Minderheitsregierungen haben oder dazu tatsächlich ambivalent eingestellt sind. Es zeigt sich zwar auch, dass einige Bürger:innen Minderheitsregierungen ablehnen, gleichzeitig sind aber auch fast genauso viele Bürger:innen offen für dieses Regierungsmodell. Das Modell des Regierens mit flexiblen Mehrheiten findet dagegen mehr klare Zustimmung in der Bevölkerung. Bürger:innen bewerten die konkrete Idee einer themenbezogenen Zusammenarbeit unterschiedlicher Parteien jedoch positiver als das abstrakte Modell einer Regierung ohne eigene Mehrheit.

Am deutlichsten fällt die Zustimmung der Bürger:innen im Hinblick auf die frühzeitige Einbindung der Opposition aus: Mehr als die Hälfte der Befragten befürwortet, dass die Regierung Oppositionsparteien vor wichtigen Entscheidungen frühzeitig beteiligt. Dies spricht für eine verbreitete Präferenz eines koopera-

tiveren und stärker parlamentarisch eingebundenen Regierungsstils.

All diese Befunde deuten auf ein komplexes Verständnis in Bezug auf Vorstellungen des Regierens hin. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass die Einstellungen der Bürger:innen zu alternativen Regierungsformen nicht nur von deren Parteipräferenz, sondern auch von anderen Faktoren abhängen. Zentrale Erklärungsfaktoren sind hier vor allem die Einstellung der Bürger:innen zu Kompromissen, deren Haltung gegenüber der Opposition oder die Präferenz einer Zusammenarbeit mit der AfD. Auch soziodemografischen Merkmale, wie das Bildungsniveau, können die Einstellung gegenüber alternativen Regierungsformen prägen.

6 Wie Informationen die Bewertung von Minderheitsregierungen verändern

Die bisher betrachteten allgemeinen Einstellungen zeigen, wie Bürger:innen die unterschiedlichen Formen des Regierens und der parlamentarischen Kooperation grundsätzlich bewerten. Für die politische Praxis ist jedoch entscheidender, wie sich diese Bewertungen verändern, wenn Bürger:innen mit einer konkreten Entscheidungssituation konfrontiert werden. Alternative Regierungsformen lassen sich aber nicht losgelöst von ihrem politischen Kontext beurteilen. Ihre Bewertung und auch die Akzeptanz als demokratische Regierungsform dürften davon abhängen, welche Vor- und Nachteile damit verbunden sind und insbesondere auch, welche andere Regierungskonstellation sonst zustande käme.

Unter den möglichen alternativen Regierungsformen nehmen vor allem Minderheitsregierungen eine besondere Stellung ein. Sie sind nicht nur eine theoretische Form des Regierens, sondern werden dann eingesetzt, wenn es keine anderen Optionen der Mehrheitsfindung gibt. Dies war in Deutschland in unterschiedlichen Konstellationen in manchen Bundesländern bereits der Fall (siehe Tabelle 1 auf Seite 14). Angesichts zunehmend fragmentierter Parteiensysteme im Bund und auch in den meisten Bundesländern, der sich schwierig gestaltenden Mehrheitsverhältnisse und möglicherweise auch einer erschwerten Koalitionsbildung nach künftigen Landtags- und Bundestagswahlen könnten sie politisch an Bedeutung gewinnen. Die Bürger:innen müssen zukünftig dann Minderheitsregierungen nicht einfach nur abstrakt bewerten, sondern sie gegen mögliche Konsequenzen und Chancen, aber auch gegen die verfügbaren Alternativen abwägen.

Die bisher betrachteten allgemeinen Zustimmungen zu alternativen Regierungsformen – wie etwa Minderheitsregierungen – zeigen zwar, wie Bürger:innen grundsätzlich eingestellt sind, erlauben aber keine kausale Aussage darüber, welchen Einfluss bestimmte politische Rahmenbedingungen auf die Bewertung von Minderheitsregierungen haben können und wie sich die Einstellung der Bürger:innen dadurch verändern kann.

6.1 Was beeinflusst die Bewertung von Minderheitsregierungen?

Für die Bewertung von Minderheitsregierungen dürften vor allem zwei Fragen ausschlaggebend sein: Welche politischen Folgen werden mit Minderheitsregierungen verbunden, und welche Regierung würde andernfalls gebildet? Im Mittelpunkt für die Bewertung stehen daher mögliche Folgen für die Repräsentation unterschiedlicher Interessen der Bevölkerung und für die Effizienz politischer Entscheidungen sowie die jeweils verfügbare Regierungsalternative, wenn die Minderheitsregierung nicht zustande käme.

Repräsentation unterschiedlicher Interessen

Da Minderheitsregierungen für politische Entscheidungen Unterstützung von außerhalb der Regierung brauchen, ist es zwangsläufig notwendig, Parteien der Opposition stärker an Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen. Dies hat einen erheblichen Vorteil für die Parteien der Opposition. Als Unterstützungsparteien können sie auch ihre eigenen Positionen einbringen, da die Regierung auf die Unterstützung angewiesen ist (Angel und Thürk 2021). Dies kann dazu führen, dass neben den politischen Positionen der Parteien auch die Interessen ihrer Wähler:innen in die Entscheidungsfindung miteinfließen. Eine Minderheitsregierung könnte daher als positiver und unterstützenswerter bewertet werden, wenn Bürger:innen den Gedanken einer breiteren Repräsentation positiv bewerten und diesen als Vorteil einer Minderheitsregierung sehen. Empirische Befunde zeigen, dass Bürger:innen Minderheitsregierungen stärker mit der Kooperation mit der Opposition verbinden und einer größeren Offenheit gegenüber den Anliegen verschiedener Bevölkerungsgruppen (Wäckerle und Proksch 2025). Nehmen Bürger:innen also diese breitere Einbindung politischer Interessen als Vorteil wahr, dann sollte dies die Zustimmung zu Minderheitsregierungen erhöhen.

Effizienz politischer Entscheidungen

Gleichzeitig gibt es immer wieder die Sorge, dass Minderheitsregierungen weniger effizient sein könnten. Eine solche Regierung muss Unterstützung oft neu aushandeln, wobei unterschiedliche Interessen stets neu abgewogen werden müssen. Das könnte zum Beispiel Prozesse verzögern und Entscheidungsfindungen verlangsamen. Auch wenn dies einer der zentralen Vorbehalte gegenüber Minderheitsregierungen ist (Thürk und Stecker 2023), zeigt sich empirisch nicht, dass Minderheitsregierungen weniger leistungsfähig als Mehrheitskoalitionen sind.

Allerdings kommt es darauf an, inwiefern es eine formalisierte, festgeschriebene Unterstützung durch *eine oder mehrere* Parteien gibt. Wenn eine Minderheitsregierung über verlässliche Unterstützungsvereinbarungen verfügt, kann sie ähnlich stabil und legislativ leistungsfähig sein wie eine Mehrheitsregierung. Schwächer schneiden vor allem solche ab, die ihre Unterstützung für jedes Vorhaben vollständig neu organisieren müssen (Thürk 2022; Krauss und Thürk 2022). Dennoch gelten Minderheitsregierungen im deutschen Diskurs häufig noch als die weniger effiziente Form des Regierens. Der Hinweis, dass Minderheitsregierungen weniger effizient sein könnten und Entscheidungsfindungen möglicherweise länger dauern, könnte somit die Unterstützung der Bildung einer Minderheitsregierung unter Befragten beeinträchtigen.

Verfügbare Regierungsalternativen

Schließlich dürfte es für die Bürger:innen eine wichtige Rolle spielen, welche Regierung zustande kommen könnte, wenn man keine Minderheitsregierung in Betracht ziehen würde. Bürger:innen bewerten Koalitionsoptionen grundsätzlich auch danach, welche Vorteile sie sich von einer solchen Regierung erhoffen. Dabei können sowohl die erwartete Umsetzung eigener politischer Präferenzen als auch der Einfluss der bevorzugten Partei relevant sein. Insgesamt bewerten Bürger:innen Regierungen dann positiver, wenn sie sich davon positive politische oder demokratische Effekte sowie mehr Einfluss erhoffen (Gross et al. 2024; Matthieß und Stecker 2025).

Als realistische Alternative zu einer Minderheitsregierung kommt zunächst eine Mehrheitskoalition infrage, sofern sich dafür politisch tragfähige Mehrheiten finden. Durch die wachsende Stärke der AfD und auch der Linken können in einzelnen parlamentarischen Konstellationen rechnerische Mehrheiten entstehen, die eine Beteiligung oder Unterstützung einer dieser Parteien voraussetzen würden. Solche Koalitionen sind zurzeit politisch stark umstritten, werden aber aufgrund der aktuellen Fragmentierung der Parteiensysteme in Bund und Ländern wieder verstärkt diskutiert. Koalitionen unter Beteiligung der AfD oder der Linken bilden deshalb nicht zwingend wahrscheinliche Regierungsoptionen. Sie eignen sich jedoch als politisch relevante Alternativszenarien, anhand derer untersucht werden kann, ob Bürger:innen eine Minderheitsregierung anders bewerten, wenn die Bildung einer Mehrheit die Beteiligung einer in Teilen der Gesellschaft umstrittenen Partei erfordern würde (Gross, Juen und Stecker 2026; Wurthmann, Kurz und Wagner 2026). Vermutlich hängt dies stark von der Parteipräferenz der Bürger:innen selbst ab.

Drei zentrale Faktoren sind es also, die die Meinung der Bürger:innen zu Minderheitsregierungen beeinflussen könnten: ein möglicher *positiver Effekt auf die Repräsentation* unterschiedlicher Gruppen der Bevölkerung, ein möglicher *negativer Effekt auf die legislative Leistungsfähigkeit und Effizienz* einer Minderheitsregierung sowie die möglichen *realistischen Regierungsalternativen* im Rahmen einer Mehrheitskoalition.

6.2 Wie wurde das untersucht?

Um herauszufinden, welchen Einfluss die Information über mögliche Effekte auf Repräsentation, Effizienz oder über mögliche realistische Regierungsalternativen auf die Bewertung von Minderheitsregierungen durch die Bürger:innen ausüben, haben wir ein Surveyexperiment durchgeführt. Das Experiment hat zum Ziel, kausale Effekte dieser unterschiedlichen Informationen auf die Bewertung von Minderheitsregierungen durch die Bürger:innen zu identifizieren. Damit lässt sich untersuchen, ob Bürger:innen dieselbe Regierungsform unterschiedlich bewerten, je nachdem, welche Aspekte besonders hervorgehoben werden.

Experimentelle Methode

Bei einem Vignettenexperiment bewerten Befragte eine kurze, hypothetische Situation. Einzelne Merkmale dieser Situation werden gezielt verändert. Da die verschiedenen Varianten zufällig zugewiesen werden, unterscheiden sich die Gruppen im Durchschnitt nur durch die jeweils erhaltenen Informationen (Auspurg und Hinz 2015). Dieses Vorgehen ermöglicht, die Wirkung einzelner Informationen systematisch voneinander zu unterscheiden. Beobachtete Unterschiede in den anschließenden Bewertungen der Befragten können daher als kausale Effekte der jeweils zugewiesenen Vignettenvariante interpretiert werden.

Die Gruppe, die in unserem Experiment ausschließlich die grundlegende Information über die Bildung einer Minderheitsregierung erhielt, dient in den folgenden Analysen als Vergleichsgruppe. Die Bewertungen der Gruppen, die zusätzliche Informationen erhielten, werden mit den Bewertungen dieser Vergleichsgruppe verglichen. Unterschiede zwischen den Gruppen lassen sich aufgrund der zufälligen Zuweisung auf die jeweils zusätzliche Information oder Informationskombination (treatments) zurückführen. Das Vignettenexperiment erlaubt uns somit, nicht nur zu beschreiben, welche Bevölkerungsgruppen Minderheitsregierungen grundsätzlich positiver oder negativer bewerten. Es ermöglicht auch kausale Aussagen darüber, wie die im Experiment variierten Informationen und politischen Rahmenbedingungen die unmittelbar anschließende Bewertung einer Minderheitsregierung verändern (Mutz 2011).

Alle Befragten erhielten in dem Vignettenexperiment unterschiedliche Informationen zu einer hypothetischen Minderheitsregierung. Sie wurden darauf hingewiesen, dass es sich bei den folgenden Szenarien um hypothetische Situationen handelt und nicht um ein reales politisches Geschehen. Wie Abbildung 7 zeigt, erhielten zunächst alle Befragten dieselbe kurze Einführung zur Bildung einer Minderheitsregierung. Anschließend wurden ihnen zusätzliche Informationen aus zwei Bereichen zufällig zugewiesen: mögliche Folgen einer Minderheitsregierung und mögliche Alternativen der Regierungsbildung.¹⁴

Bei den möglichen Folgen einer Minderheitsregierung erhielten die Befragten entweder keine weitere Information, einen Hinweis auf eine stärkere Repräsentation unterschiedlicher Interessen oder Hinweise auf mögliche Effizienz Nachteile durch länger dauernde und schwerer planbare Entscheidungsprozesse. Bei den Informationen zu Regierungsalternativen wurde entweder keine zusätzliche Alternative zur Minderheitsregierung genannt oder auf eine Koalitionsregierung, eine Koalitionsregierung mit der Linken oder eine Koalitionsregierung mit der AfD verwiesen. Aus der

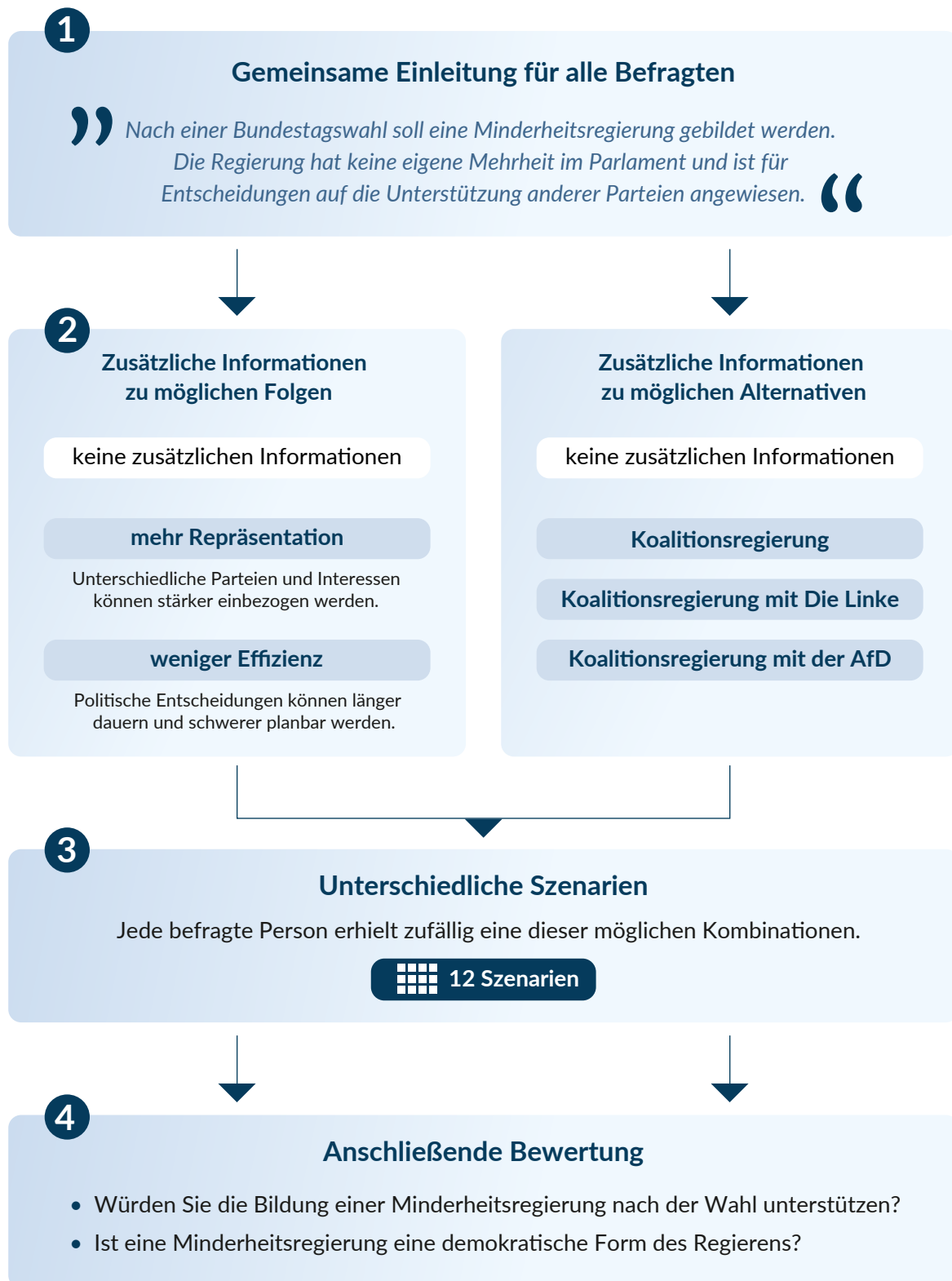
Kombination dieser Informationen ergaben sich zwölf unterschiedliche Szenarien, und jede befragte Person erhielt davon zufällig eines.

Im Anschluss bewerteten die Befragten einerseits, *inwiefern sie die Bildung einer Minderheitsregierung nach einer Wahl unterstützen würden*. Andererseits bewerteten sie auch, *ob sie Minderheitsregierungen als demokratische Form des Regierens betrachten*. Auf diese Weise lässt sich untersuchen, ob die Bewertung einer Minderheitsregierung sich verändert, wenn die Befragten über unterschiedliche mögliche Folgen oder politische Alternativen informiert werden.

Die erste Bewertung ist wichtig, weil sie zeigt, ob Bürger:innen eine Minderheitsregierung als konkrete Regierungsoption akzeptieren würden. Die zweite ist wichtig, weil sie erfasst, ob Minderheitsregierungen auch unabhängig von ihrer unmittelbaren politischen Zweckmäßigkeit als demokratisch legitime Regierungsform von den Bürger:innen anerkannt werden.

14 Zusätzliche Informationen zur genauen Beschreibung der Vignetten sowie zu den möglichen Kombinationen der Treatments im Experiment finden sich in Anhang D1.

ABBILDUNG 7 Informationen im Vignettenexperiment



6.3 Wird eine Minderheitsregierung als demokratische Regierungsform gesehen?

Die in Abbildung 8 dargestellten Ergebnisse zeigen, wie die unterschiedlichen Informationen über mögliche positive sowie negative Auswirkungen einer Minderheitsregierung bei einer hypothetischen Bundestagswahl sowie alternative Koalitionen die Meinung der Bürger:innen beeinflussen. Zunächst geht es konkret um die Frage, inwiefern die Befragten durch bestimmte Informationen darin beeinflusst werden, ob sie eine *Minderheitsregierung als eine demokratische Form des Regierens* betrachten. Ihre Bewertung gaben die Befragten ab, nachdem sie die jeweiligen Informationen zu den möglichen Folgen und politischen Alternativen einer Minderheitsregierung erhalten hatten.

Minderheitsregierungen sind in parlamentarischen Demokratien eine demokratisch legitime Regierungsform und bewegen sich im Rahmen der geltenden verfassungsrechtlichen und parlamentarischen Verfahren. Für die folgende Analyse ist daher nicht ihr tatsächlicher demokratischer Status entscheidend, sondern die Frage, ob Bürger:innen sie auch als solche wahrnehmen. Dass Minderheitsregierungen grundsätzlich als demokratische Form des Regierens von Bürger:innen anerkannt werden, ist zentraler Teil ihrer wahrgenommenen demokratischen Legitimität. Diese Wahrnehmung ist deshalb wichtig, weil eine Regierungsform zwar politisch umstritten oder unerwünscht sein kann, sie aber dennoch als demokratisch legitime Form des Regierens betrachtet werden kann – ihr demokratischer Charakter wird dann nicht grundlegend infrage gestellt. Vor allem in Deutschland, wo Minderheitsregierungen die Ausnahme sind und auch von manchen Politiker:innen durchaus kritisch betrachtet werden, kann dies zeigen, inwiefern Bürger:innen dieses Modell des Regierens als Bestandteil einer parlamentarischen Demokratie akzeptieren.

Besonders interessant ist im Folgenden die Bewertung nach Wahlabsicht, da die Parteipräferenz bei der Haltung gegenüber Minderheitsregierungen in unseren Szenarien wie ein politischer Filter wirkt. Wir nehmen an, dass die Parteipräferenz vor allem aktuell eine wichtige Rolle in der Bewertung spielt. Besonders

deutlich wird das, wenn im Experiment eine Koalition mit der AfD oder mit der Linken als Alternative genannt wird. Bürger:innen bewerten die Minderheitsregierung dann nicht nur nach ihren grundsätzlichen Präferenzen für diese Form des Regierens oder nach möglichen Vor- und Nachteilen, sondern auch danach, welche Partei andernfalls an die Regierung käme. Wir zeigen die Ergebnisse des Experiments im Folgenden daher getrennt nach Parteiwählerschaften.

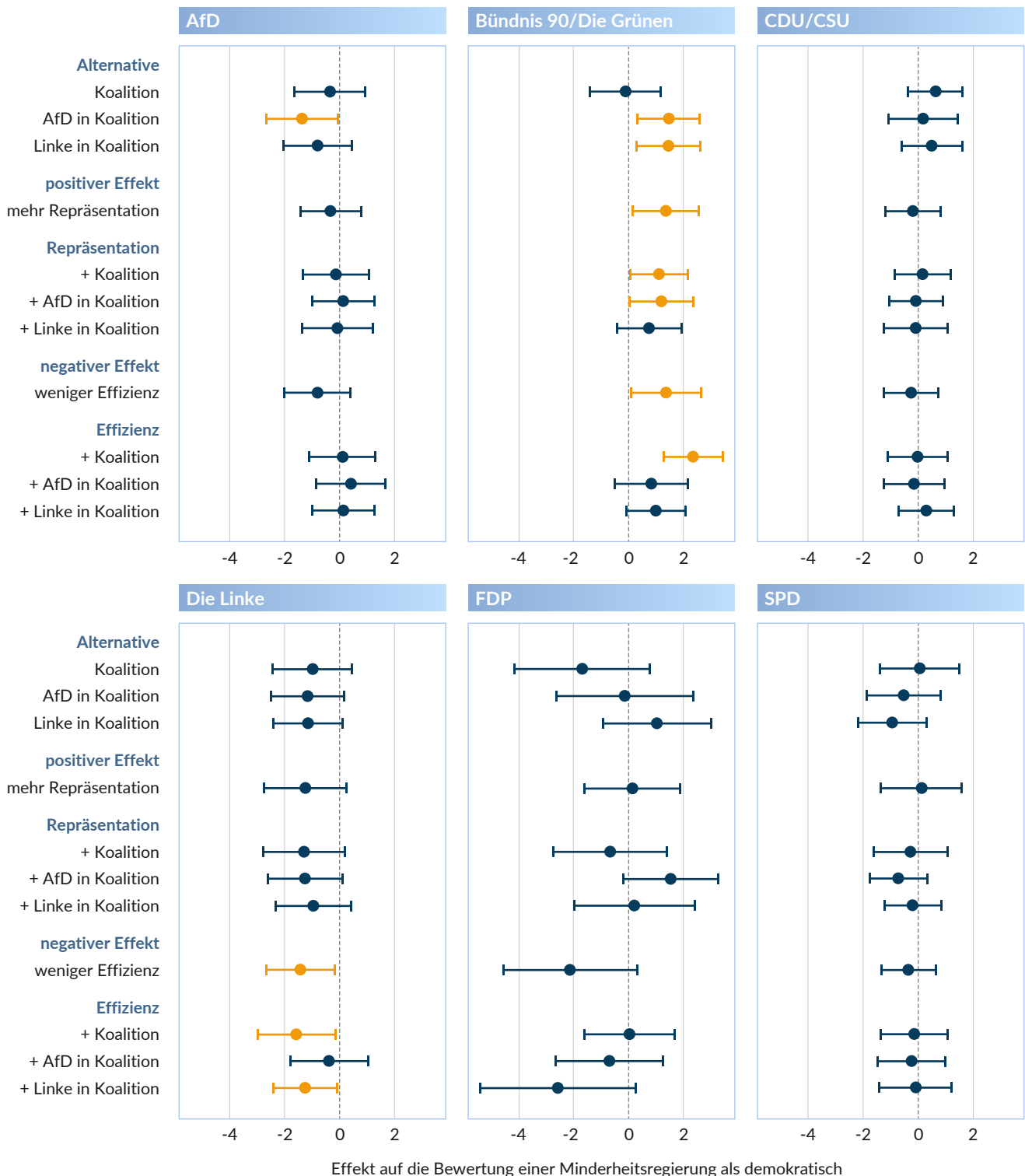
Die Ergebnisse in Abbildung 8 zeigen, dass die Informationen im Experiment unterschiedliche Effekte bei den verschiedenen Wähler:innen haben. Bei den AfD-Wähler:innen zeigt sich, dass sie stark auf die Möglichkeit der eigenen Regierungsbeteiligung reagieren. Wenn AfD-Wähler:innen erfahren, dass ohne Minderheitsregierung eine Mehrheitskoalition mit Beteiligung der AfD möglich wäre, bewerten sie die Minderheitsregierung als weniger demokratisch. Die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung der eigenen Partei macht für sie also die Minderheitsregierung unter diesem Gesichtspunkt weniger attraktiv.

Bei den Wähler:innen von CDU, SPD und FDP verändern die zusätzlichen Informationen die Einschätzung von Minderheitsregierungen hingegen kaum. Ob mögliche Vor- oder Nachteile der Minderheitsregierung genannt werden und welche Mehrheitskoalition als Alternative zur Verfügung steht, hat bei ihnen keinen statistisch erkennbaren Einfluss darauf, wie demokratisch sie dieses Regierungsmodell bewerten. Insgesamt bewerten Wähler:innen vor allem dieser Parteien, aber auch die der Linken, Minderheitsregierungen grundsätzlich als demokratisch.¹⁵

Bei den Wähler:innen der Linken sehen wir unterschiedliche Effekte. Vor allem mögliche Nachteile für die Effizienz spielen eine Rolle. Werden die Wähler:innen darauf hingewiesen, dass eine Minderheitsregierung politische Entscheidungen erschweren könnte, bewerten sie diese als weniger demokratisch. Das gilt sowohl für den reinen Hinweis auf einen möglichen negativen Effekt auf Effizienz als auch dann, wenn zusätzlich eine Mehrheitskoalition oder eine Koalition mit der AfD als Alternative genannt wird. Anscheinend ist für Linke-Wähler:innen demokratische Legitimation eng verbunden mit politischer Handlungsfähigkeit.

15 Die durchschnittlichen Bewertungen von Minderheitsregierungen als demokratische Form des Regierens nach Parteipräferenz sind im Anhang dargestellt (siehe Abb. D3).

ABBILDUNG 8 **Effekte der unterschiedlichen Informationen auf die Bewertung von Minderheitsregierungen als demokratisch (nach Wahlabsicht)**



Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen Treatment-Effekte der verschiedenen Informationsbedingungen gegenüber der Kontrollgruppe (first differences) mit 95-%-Konfidenzintervallen. Die Koeffizienten geben an, um wie viele Punkte sich die Unterstützung einer Minderheitsregierung nach der Wahl auf der 11-Punkte-Skala gegenüber der Kontrollgruppe (die keine zusätzlichen Informationen über Effekte oder Rahmenbedingungen erhalten hat) verändert. Signifikante Effekte sind orange hervorgehoben.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

Am stärksten reagieren die Wähler:innen der Grünen auf die Informationen. Unterschiedliche Informationen führen dazu, dass sie Minderheitsregierungen demokratischer bewerten als die Vergleichsgruppe, die diese Hinweise nicht erhalten hat. Wurden Befragte aber darüber informiert, dass eine Minderheitsregierung sich positiv auf Repräsentation auswirkt und die Alternative eine Regierung mit der Linken wäre, und wenn es Hinweise auf weniger Leistungsfähigkeit und die Beteiligung von AfD oder Linke gab, ergaben sich keine signifikanten Unterschiede zur Vergleichsgruppe. Allerdings bedeutet ein fehlender signifikanter Effekt nicht, dass Grüne-Wähler:innen die Minderheitsregierung in diesen Fällen für undemokratisch halten. Es bedeutet nur, dass die zusätzliche Information ihre Bewertung gegenüber der Vergleichsgruppe nicht verändert.

6.4 Welche Informationen beeinflussen die Meinung zu einer Minderheitsregierung?

Wir sehen, dass Wähler:innen die demokratische Legitimation von Minderheitsregierungen je nach eigener Parteipräferenz unterschiedlich bewerten. Daher fragten wir im Folgenden, ob Bürger:innen in unserem Szenario *die Bildung einer Minderheitsregierung nach der Wahl unterstützen würden*. Auch hier haben die Befragten ihre Bewertung dazu erst abgegeben, nachdem ihnen die jeweils vorgesehenen Informationen zu den möglichen Folgen und politischen Alternativen einer Minderheitsregierung vorgelegt worden waren. Die Ergebnisse sind in Abbildung 9 dargestellt. Wir analysieren auch hier die Ergebnisse wieder nach Parteipräferenz.¹⁶

Für AfD-Wähler:innen zeigt sich, dass es bei ihnen unwahrscheinlicher ist, dass sie die Bildung einer Minderheitsregierung unterstützen, wenn eine Regierungsbeteiligung der AfD als Alternative genannt wird. Die Aussicht auf eine Beteiligung der eigenen Partei an einer Mehrheitskoalition scheint die Minderheitsregierung für sie also weniger attraktiv zu machen – auf die übrigen Informationen reagieren AfD-Wähler:innen dagegen kaum. Bei den Anhänger:innen der Linken zeigt sich der Effekt nicht: Auch wenn die Aussicht auf eine Regierungsbeteiligung der eigenen Partei besteht, bewerten die Wähler:innen der Linken eine Minderheitsregierung nicht erkennbar anders.

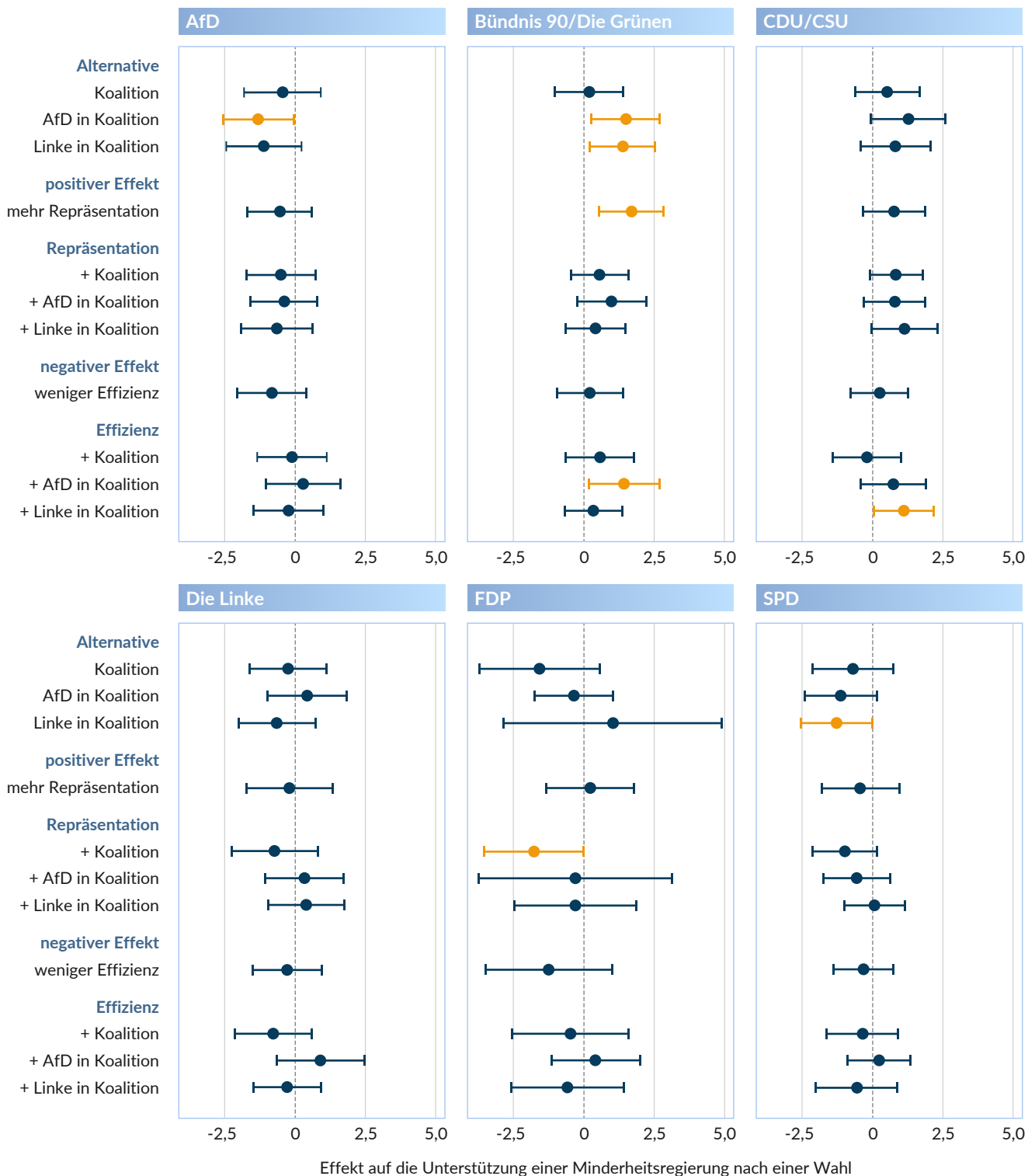
Bei den übrigen Parteianhänger:innen kommt es ebenfalls stark auf die konkrete Alternative an. CDU-Wähler:innen bewerten eine Minderheitsregierung positiver, wenn ihnen zugleich mögliche Effizienz Nachteile und eine Koalition mit der Linken als Alternative genannt werden. Bei FDP-Wähler:innen zeigt sich das umgekehrte Muster: Wird eine stärkere Repräsentation als Vorteil hervorgehoben und steht außerdem eine nicht näher bezeichnete Mehrheitskoalition zur Verfügung, fällt ihre Bewertung der Minderheitsregierung negativer aus. Da wir jedoch nur wenige Befragte in der Gruppe der FDP-Wähler:innen haben, sind diese Ergebnisse vorsichtig zu interpretieren. SPD-Wähler:innen lehnen die Minderheitsregierung eher ab, wenn eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Linken möglich wäre. In diesem Fall scheint für sie die konkrete Mehrheitskoalition attraktiver zu sein als das alternative Regierungsmodell. Möglicherweise vermuten SPD-Wähler:innen hier, dass sie selbst aufgrund einer gewissen ideologischen Nähe Teil ebendieser Koalition wären.

Am stärksten reagieren erneut die Wähler:innen der Grünen auf die unterschiedlichen Szenarien. Sie bewerten eine Minderheitsregierung positiver, wenn andernfalls eine Koalition mit der AfD oder der Linken gebildet würde. Besonders deutlich fällt ihre Zustimmung aber aus, wenn die Minderheitsregierung mit einer stärkeren Repräsentation unterschiedlicher Interessen verbunden wäre. Diese Information erzeugt bei den Grünen den stärksten Effekt aller untersuchten Kombinationen. Auch mögliche Nachteile für die Effizienz von Entscheidungen treten hier in den Hintergrund, wenn die Alternative nur eine Regierungsbeteiligung der AfD wäre.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Minderheitsregierungen von den Bürger:innen nicht losgelöst vom politischen Kontext bewertet werden. Einerseits ist entscheidend, welche möglichen Folgen mit dieser Regierungsform verbunden werden. Dabei spielt für manche Wähler:innen vor allem die Frage nach mehr Repräsentation eine Rolle. Mögliche Effizienz Nachteile für das Regieren scheinen für sich genommen die Befragten weniger zu beeinflussen. Andererseits spielen die konkreten Regierungsalternativen, die zur Verfügung stehen, eine Rolle. Vor allem die Frage, welche Partei dadurch stärkeren Einfluss auf die Regierungsbildung erhalten würde, ist für Wähler:innen relevant. Die Bewertung von Minderheitsregierungen hängt damit sowohl von ihren wahrgenommenen institutionellen Konsequenzen als auch von den parteipolitischen Alternativen ab.

16 Weitere Subgruppenanalysen basierend auf der Demokratiezufriedenheit und dem politischem Interesse der Wähler:innen finden sich in Anhang D2.

ABBILDUNG 9 **Effekte der unterschiedlichen Informationen auf die Unterstützung einer Minderheitsregierung nach der Bundestagswahl (nach Wahlabsicht)**



Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen Treatment-Effekte der verschiedenen Informationsbedingungen gegenüber der Kontrollgruppe (first differences) mit 95-%-Konfidenzintervallen. Die Koeffizienten geben an, um wie viele Punkte sich die Unterstützung einer Minderheitsregierung nach der Wahl auf der 11-Punkte-Skala gegenüber der Kontrollgruppe (die keine zusätzlichen Informationen über Effekte oder Rahmenbedingungen erhalten hat) verändert. Signifikante Effekte sind orange hervorgehoben.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

7 Die Unentschlossenen

Ein besonders auffälliges Ergebnis der bisherigen Analysen ist der große Anteil an Bürger:innen, die Minderheitsregierungen weder eindeutig befürworten noch klar ablehnen. Die *Unentschlossenen* bilden somit die größte Gruppe in unserer Befragung.¹⁷ Die Unentschlossenheit der Befragten heißt nicht zwingend, dass diese keine Meinung zu Minderheitsregierungen haben, sondern kann auch Ausdruck von Unsicherheit, geringer Informiertheit hinsichtlich Minderheitsregierungen oder einer abwägenden Haltung zwischen angenommenen Vor- und Nachteilen sein. Gerade für die politische Debatte ist die Gruppe der Unentschlossenen besonders interessant, da ihre Haltung vermeintlich weniger festgelegt ist als die der klaren Befürworter:innen und Gegner:innen von Minderheitsregierungen.

7.1 Wer sind die Unentschlossenen?

Wir betrachten daher zunächst, welche soziodemografischen und politischen Merkmale mit einer unentschlossenen Haltung gegenüber Minderheitsregierungen zusammenhängen.¹⁸ Abbildung 10 zeigt, wie hoch die geschätzte Wahrscheinlichkeit für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist, zur Gruppe der Unentschlossenen zu gehören.¹⁹ Wir betrachten dabei Alter, Geschlecht, Region und Bildung als wichtige soziodemografische Faktoren sowie das politische Interesse und die Demokratiezufriedenheit der Befragten.

Besonders deutlich zeigt sich ein Zusammenhang mit dem politischen Interesse. Die Wahrscheinlichkeit, unentschlossen zu sein, steigt bei politisch nicht inter-

essierten Befragten auf rund 68 Prozent. Im Vergleich dazu liegt diese Wahrscheinlichkeit bei den interessierten Befragten bei nur 46 Prozent. Unentschlossenheit gegenüber Minderheitsregierungen kommt somit besonders häufig bei Bürger:innen vor, die sich weniger für Politik interessieren. Hinsichtlich der Demokratiezufriedenheit sehen wir den umgekehrten Effekt: Hier steigt bei zunehmender Zufriedenheit die Wahrscheinlichkeit, unentschlossen zu sein. Bürger:innen, die mit dem Funktionieren der Demokratie grundsätzlich zufrieden sind, könnten also weniger Anlass sehen, sich eindeutig für oder gegen Minderheitsregierungen zu positionieren.

Mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale zeigen sich unterschiedliche Muster. Bei Frauen liegt die geschätzte Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der Unentschlossenen zu gehören, bei circa 59 Prozent, bei Männern hingegen nur bei etwa 50 Prozent. Die Unterschiede nach Alter, Bildung und Region fallen jedoch deutlich geringer aus. Mit zunehmendem Alter nimmt die geschätzte Wahrscheinlichkeit, eine unentschlossene Position zu vertreten, nur leicht ab. Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich lediglich geringe Unterschiede von etwa zwei Prozentpunkten, und auch die Bildungsgruppen unterscheiden sich kaum voneinander. Nur bei Befragten mit niedriger Bildung sehen wir eine minimal erhöhte Wahrscheinlichkeit, unentschlossen zu sein. Dieser Effekt ist jedoch nicht signifikant.

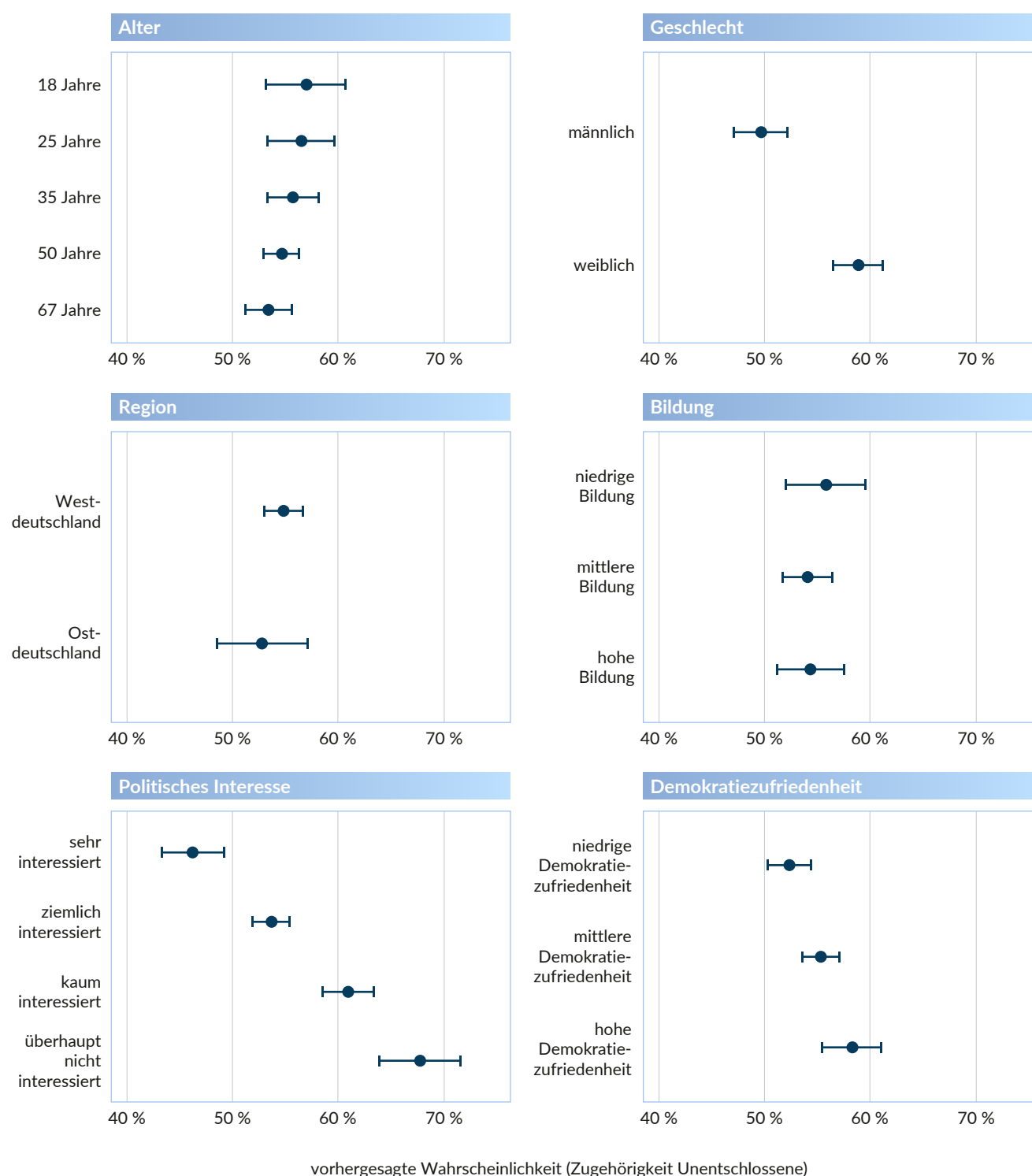
Insgesamt gibt es somit kein eindeutiges soziodemografisches oder politisches Profil der Unentschlossenen. Die Ergebnisse deuten eher darauf hin, dass sich in dieser Gruppe unterschiedliche Gründe für die Un-

17 Als unentschlossen gelten jene Befragten, die die Frage nach der allgemeinen Beurteilung von Minderheitsregierungen („Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache.“) auf einer 11-Punkte-Skala mit den Werten 5 bis 7 beantwortet haben.

18 In Anhang B2 finden sich deskriptive Analysen zur Zugehörigkeit der Gruppe der ablehnenden, unentschlossenen und zustimmenden Befragten, basierend auf soziodemografischen und politischen Merkmalen.

19 Die Ergebnisse basieren auf einer multivariaten Analyse, in der die Zugehörigkeit zur Gruppe der Unentschlossenen als binäre Variable modelliert wurde. Dadurch lässt sich untersuchen, welche soziodemografischen und politischen Merkmale mit einer höheren oder niedrigeren Wahrscheinlichkeit einhergehen, unentschlossen zu sein. Die Regressionstabelle findet sich im Anhang in Tabelle D4.

ABBILDUNG 10 **Wahrscheinlichkeit, der Gruppe der Unentschlossenen anzugehören, nach soziodemografischen Merkmalen und politischen Einstellungen**



Die Abbildung zeigt geschätzte Wahrscheinlichkeiten (Logit-Modell) für die Zugehörigkeit zur Gruppe der Unentschlossenen nach soziodemografischen Merkmalen und politischen Einstellungen bei der Bewertung von Minderheitsregierungen vor dem Experiment. Die abhängige Variable ist binär codiert: 1 = unentschlossen (ursprüngliche Skalenwerte 5–7), 0 = positioniert (Skalenwerte 1–4; 8–11).

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

entschlossenheit finden. Neben geringer Vertrautheit mit Minderheitsregierungen oder einer abwägenden Haltung gegenüber Vor- und Nachteilen könnte auch eine Bewertung ausschlaggebend sein, die stark von der konkreten politischen Konstellation abhängt. Die Ergebnisse in puncto politisches Interesse sprechen außerdem dafür, dass bei einem Teil der Unentschlossenen die fehlende Auseinandersetzung mit politischen Fragen eine Rolle für ihre Einstellung spielen könnte.

7.2 Wie verhalten sich die Unentschlossenen, wenn sie Informationen erhalten?

Im Folgenden betrachten wir, ob die Einstellungen innerhalb der Gruppe der Unentschlossenen durch die Bereitstellung von Informationen stärker veränderbar sind als die Positionen eindeutiger Befürworter:innen oder Gegner:innen. Da die Haltung gegenüber Minderheitsregierungen schon vor der Präsentation der Informationen im Vignettenexperiment erhoben wurde, kann die Ausgangseinstellung nicht durch die experimentellen Informationen beeinflusst worden sein.²⁰

Abbildung 11 zeigt daher, wie die Gruppe der Unentschlossenen sich nach dem Erhalt von Informationen hinsichtlich Ablehnung und Zustimmung zur Bildung einer Minderheitsregierung verteilt. Für jede Experimentalbedingung wird dargestellt, welcher Anteil dieser Befragten anschließend eine Minderheitsregierung ablehnt, ihr zustimmt oder weiterhin eine unentschlossene Position einnimmt. Die Punkte auf der linken Seite der Mittellinie zeigen den Anteil, der sich anschließend ablehnend positioniert, die Punkte auf der rechten Seite geben den Anteil der Befragten wieder, die danach eher zustimmen. An der Mittellinie ist jeweils vermerkt, welcher Anteil weiterhin unentschlossen bleibt. Die Unterschiede sind insgesamt rein deskriptiv zu verstehen: Sie zeigen Veränderungen in der Verteilung und keine Effekte.

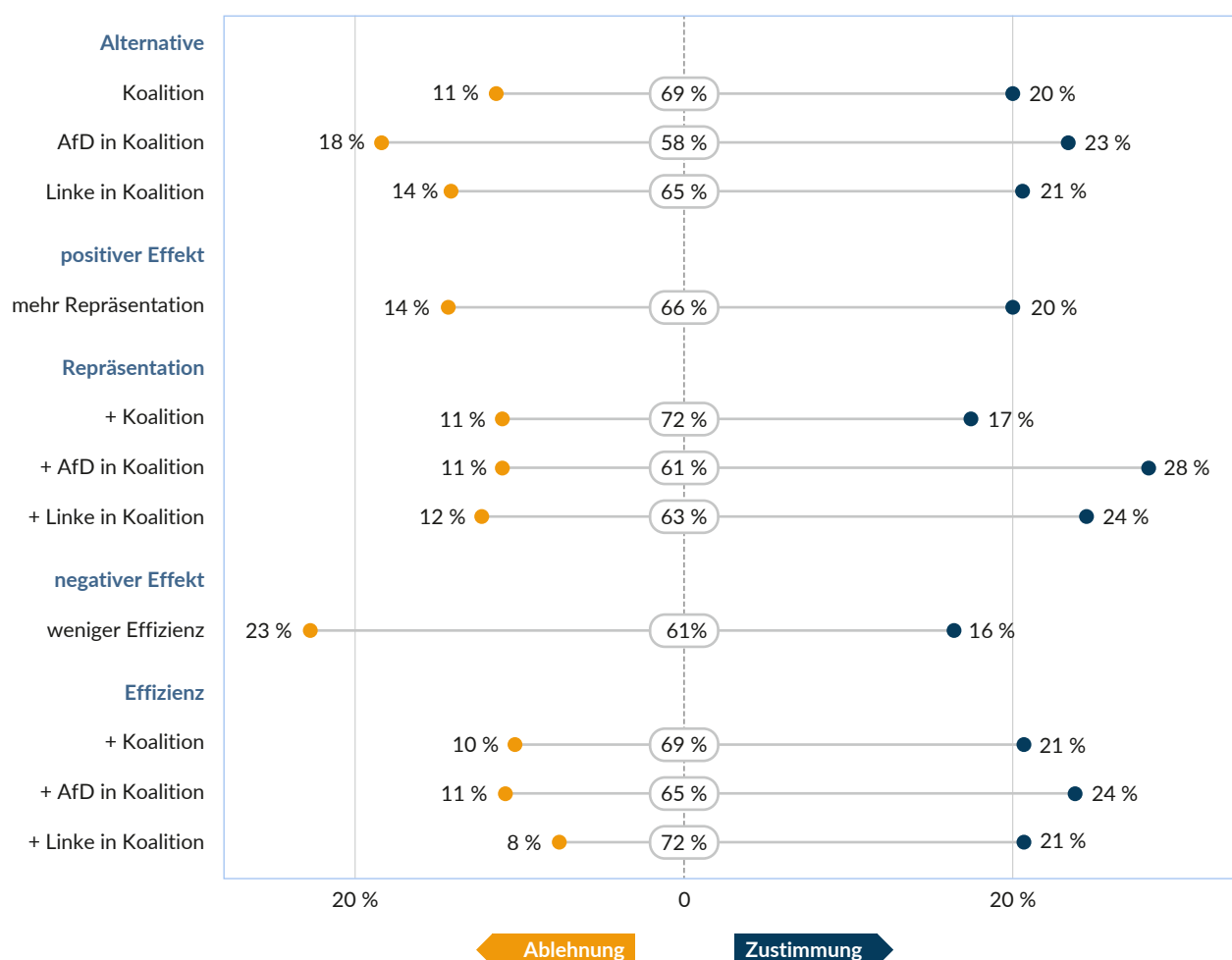
Die meisten Informationen verändern kaum die Einstellungen der unentschlossenen Befragten. Wir sehen anhand der Prozentzahlen an der gestrichelten Mittel-

linie, dass der größte Anteil der Unentschlossenen weiterhin unentschlossen bleibt. Eine Ausnahme bildet die Information, dass eine Minderheitsregierung zu besserer Repräsentation führen kann, und zugleich eine Koalition mit der AfD als Alternative genannt wird. In diesem Fall stimmen 28 Prozent der Unentschlossenen anschließend einer Minderheitsregierung klar zu. Werden hingegen mögliche Effizienz Nachteile einer solchen Regierung hervorgehoben, positionieren sich anschließend 24 Prozent der vorher unentschlossenen Befragten ablehnend.

Insgesamt lässt sich dieses Muster so deuten, dass eine unentschlossene Haltung gegenüber Minderheitsregierungen nicht vorrangig eine leicht zu verändernde Zwischenposition darstellt. Eher ist diese Position bei vielen Befragten als relativ stabil zu bezeichnen. Informationen über mögliche Vor- und Nachteile oder politische Alternativen zu einer Minderheitsregierung reichen offenbar nicht aus, um diese mittlere Position in eine eindeutige Zustimmung oder Ablehnung zu überführen. Möglicherweise ist das Konzept der Minderheitsregierung für einen Teil der Befragten noch zu wenig konkret, um einzelne Informationen unmittelbar einordnen zu können. Zugleich zeigen die Ergebnisse, dass Unentschlossene nicht grundsätzlich unbeeinflussbar sind: Vor allem wenn man Informationen mit einer konkreten politischen Alternative oder einem klaren Zielkonflikt verbindet, scheint eine eindeutigere Positionierung eher möglich zu sein.

20 Als unentschlossen gelten jene Befragten, die die Frage nach der allgemeinen Beurteilung von Minderheitsregierungen auf einer 11-Punkte-Skala mit den Werten 5 bis 7 beantwortet haben.

ABBILDUNG 11 **Veränderungen bei der Zustimmung oder Ablehnung von Minderheitsregierungen in der Gruppe der Unentschlossenen**



Die Abbildung zeigt, wie sich die Befragten in der Gruppe der Unentschlossenen nach dem Experiment verteilen. Als unentschlossen gelten Befragte, die die allgemeine Aussage „Minderheitsregierungen [...] sind alles in allem eine gute Sache“ vor dem Experiment mit einem Skalenwert von 5 bis 7 beantwortet haben. Die Veränderungen beziehen sich auf die anschließend erhobene Zustimmung zur Aussage „Ich würde die Bildung einer Minderheitsregierung nach der Wahl unterstützen“. Verschiebungen nach rechts bedeuten positivere Bewertungen nach dem Experiment; Verschiebungen nach links zeigen negativere Bewertungen.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

| BertelsmannStiftung

8 Regieren neu denken

Bürger:innen stehen alternativen Regierungsformaten wie Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten oder einer stärkeren Einbeziehung des Parlaments nicht ablehnend gegenüber. Vielmehr zeigt sich, dass sie in ihren Einschätzungen zu diesen Regierungsmodellen noch sehr unentschlossen und wenig festgelegt sind. Dies lässt sich vor allem auf fehlende Erfahrungswerte mit diesen Optionen – insbesondere auf Bundesebene – zurückführen. Die zunehmende Schwierigkeit, klassische Mehrheitskoalitionen zu bilden, und die gleichzeitige Offenheit der Bürger:innen sollte daher zum Anlass genommen werden, alternative Regierungsmodelle künftig stärker zu diskutieren.

Aus den Ergebnissen ergeben sich für die politische Öffentlichkeit somit keine pauschalen Argumente für oder gegen Alternativen zu Mehrheitskoalitionen, aber sie verdeutlichen drei Aspekte für die weitere Debatte und künftige Handlungsschritte zur Zukunft des Regierens:

1. Alternative Regierungsformen sind aus Sicht der Bürger:innen eine tragfähige Option

Während politische Akteur:innen alternative Formen des Regierens oft erst dann diskutieren, wenn die Bildung einer klassischen Mehrheitskoalition schwierig wird, ist die Perspektive der Bevölkerung offener und differenzierter. Ein großer Teil der Befragten positioniert sich grundsätzlich offen gegenüber Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten und einer frühzeitigen Einbindung der Opposition. Vor allem Letztere findet Anklang in der Bevölkerung, und auch rund ein Fünftel der Befragten steht Minderheitsregierungen positiv gegenüber.

Bürger:innen bewerten eine Minderheitsregierung zudem nicht unabhängig von den möglichen Alternativen. Nur wenige Befragte betrachten Minderheitsregierungen als probates Mittel, um die Regierungsbeteiligung politischer Parteien der Ränder zu verhindern.

Angesichts zunehmend schwieriger Mehrheitsbildungen sollte die Offenheit der Bevölkerung für unterschiedliche Formen des Regierens in der öffentlichen Diskussion stärker berücksichtigt werden. Alternative Regierungsmodelle sollten nicht erst als Notlösung nach schwierigen Wahlergebnissen diskutiert, sondern grundsätzlich als legitime Form parlamentarischen Regierens ernst genommen werden. Die Ergebnisse zeigen jedenfalls, dass die Bevölkerung einer solchen Debatte offener gegenübersteht als häufig angenommen wird.

2. Eine stärkere Einbindung der Opposition ist für die große Mehrheit wünschenswert

Die hohe Zustimmung der Bevölkerung zu flexiblen Mehrheiten und der Einbindung der Opposition bei wichtigen Entscheidungen deutet auf eine grundsätzliche Offenheit für stärker parlamentarisch geprägte Entscheidungsprozesse hin. Bürger:innen erhoffen sich von der Opposition vermutlich nicht nur die Kontrolle der Regierung, sondern auch eine konstruktive Einbindung ihrer Positionen in politische Entscheidungen. Diese Offenheit sollte ernst genommen werden, unabhängig davon, ob eine Regierung über eine eigene parlamentarische Mehrheit verfügt oder nicht. Diese Sicht der Bürger:innen kann als Auftrag verstanden werden, bei geeigneten Vorhaben stärker nach parteiübergreifenden Lösungen zu suchen und dem Parlament mehr Raum für politische Aushandlung zu geben.

In Deutschland übernimmt die Opposition zurzeit vor allem aber die Rolle der Kontrolle und Kritik. Eine frühzeitige Einbindung der Opposition kann politische Entscheidungen jedoch breiter absichern. Dies ist vor allem bei Themen denkbar, die langfristige Festlegungen erfordern, über eine Legislaturperiode hinausreichen oder breite gesellschaftliche Gruppen betreffen. Auch bei Vorhaben, für die eine Minderheitsregierung keine verlässliche eigene Mehrheit hat, kann eine frühzeitige Konsultation helfen, um Konflikte rechtzeitig sichtbar zu machen.

Dass eine breite Verständigung in bestimmten Fragen möglich und notwendig ist, ist in dem politischen System Deutschlands bereits angelegt: Änderungen des Grundgesetzes erfordern beispielsweise Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat – und damit die Zustimmung von einem Teil der Oppositionsparteien und über die Regierung hinaus.

Eine stärkere Einbindung bedeutet nicht, dass die Opposition Teil der Regierung wird oder ihre Kontrollfunktion aufgeben soll. Eine frühzeitige Einbindung ermöglicht aber, dass sie bei ausgewählten Vorhaben früher Einflussmöglichkeiten hat. Eine stärkere parlamentarische Beteiligung kann somit nicht nur für Minderheitsregierungen relevant sein, sondern grundsätzlich dazu beitragen, politische Entscheidungen breiter abzusichern und die parlamentarische Aushandlung als zentrales Element demokratischer Entscheidungsprozesse für die Bürger:innen sichtbarer zu machen.

3. Debatte über alternative Regierungsmodelle kann Informationslücken schließen

Ein großer Teil der befragten Bürger:innen ist hinsichtlich der eigenen Präferenzen für alternative Formen des Regierens unentschlossen. Eine offene Debatte dazu ist daher notwendig und erfordert, Funktionsweise, Chancen und Risiken dieser Modelle zu erklären. Dazu gehören etwa feste Unterstützungsvereinbarungen, verbindliche Absprachen über Haushalt und zentrale Gesetzesvorhaben, klare Konsultationsfristen sowie festgeschriebene Konsultationsverfahren zwischen Regierung und möglichen Unterstützungspartnern.

Wenn politische Akteur:innen diese Optionen diskutieren, sollten sie konkret erklären, wie Mehrheiten unter diesen Bedingungen zustande kommen, welche Vorhaben abgesichert sind und welche Rolle Parlament und Opposition übernehmen. Eine Minderheitsregierung könnte eher akzeptiert werden, wenn den Bürger:innen klarer nachvollziehbar wäre, wie diese Regierung verlässlich entscheiden und politische Vorhaben umsetzen kann. Im Zuge dessen lassen sich auch mögliche positive Effekte – wie eine gesteigerte Repräsentation von Wählerinteressen durch die Einbeziehung der Opposition – deutlich machen. Vor allem die breitere Vertretung von Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen ist für manche Bürger:innen ein

Pluspunkt einer Minderheitsregierung und trägt zu deren Unterstützung bei.

In der politischen Öffentlichkeit sollte daher mehr und detaillierter über diese neuen Regierungsformen gesprochen und debattiert werden. Vor allem sollten die spezifischen Chancen und Risiken, die solche Modelle mit sich bringen, klar benannt und erklärt werden, wie mögliche Nachteile institutionell begrenzt werden könnten: Welche Parteien würden die Regierung bilden? Wie würde eine Regierung ins Amt gehoben und wie würden Mehrheiten für zentrale Vorhaben gefunden werden? Wo genau würde die Opposition miteingebunden und wo nicht? Welche Verantwortung käme Oppositionsparteien zu, die bestimmte Regierungsvorhaben unterstützen? Wie könnte die Kontrollfunktion der Opposition ausgeübt werden? Wie ließe sich eine stabile Regierungsarbeit absichern? Erhalten Bürger:innen dazu ausreichend viele Informationen, können sie sich ein klareres Bild möglicher Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Modelle machen und so eine fundierte Meinung zu dieser zentralen Frage des künftigen parlamentarischen Regierens entwickeln.

Literatur

- Anghel, V., & Thürk, M. (2021). Under the influence: Pay-offs to legislative support parties under minority governments. *Government and Opposition* 56(1), 121-140.
- Auspurg, K., & Hinz, T. (2015). *Factorial Survey Experiments*. Los Angeles.
- Bräuninger, T., & Debus, M. (2025). Research on the coalition life cycle, in: T. Bräuninger & M. Debus (Hrsg.) (2025). *Handbook on Coalition Politics*. Cheltenham.
- Bräuninger, T., Debus, M., Müller, J., & Stecker, C. (2019). Party competition and government formation in Germany: Business as usual or new patterns?. *German Politics* 28(1), 80-100.
- Debus, M. (2022). Parteienwettbewerb und Wahrscheinlichkeit verschiedener Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2021. *Politische Vierteljahresschrift* 63(1), 73-88.
- Debus, M., Döring, H., & Ecker, A. (2021). Germany: from stable coalition camps to new complexity, in: T. Bergman, H. Bäck & J. Hellström (Hrsg.). *Coalition Governance in Western Europe*. Oxford. 247-283.
- Debus, M., & Gross, M. (2016). Coalition formation at the local level: Institutional constraints, party policy conflict, and office-seeking political parties. *Party Politics* 22(6), 835-846.
- Debus, M., & Müller, J. (2013). Do voters' coalition preferences affect government formation?. *West European Politics* 36(5), 1007-1028.
- Domsgen, J., & Steidele, C. (2026). Mehrheiten trotz Minderheitsregierung: Zur Konsultationsvereinbarung zwischen Landtag und Staatsregierung in Sachsen. *VerfBlog*, 2026/3/11, <https://verfassungsblog.de/mehrheiten-trotz-minderheitsregierung/>, DOI: 10.59704/8bf5230db7c58bb1.
- Ecker, A., Meyer, T. M., & Plescia, C. (2025). Klarer Regierungsauftrag? Wie Wähler*innen ein Regierungsmandat aus Wahlergebnissen ableiten. *DVPW Blog*, <https://www.dvpw.de/blog/klarer-regierungsauftrag-wie-waehlerinnen-ein-regierungsmandat-aus-wahlergebnissen-ableiten-ein-beitrag-von-alejandro-ecker-thomas-m-meyer-und-carolina-plescia>.
- Ganghof, S. (2025). *Demokratische Regierungssysteme. Eine vergleichende Perspektive*. Stuttgart.
- Ganghof, S., Eppner, S., Stecker, C., Heeß, K., & Schukraft, S. (2019). Do minority cabinets govern more flexibly and inclusively? Evidence from Germany. *German Politics* 28(4), 541-561.
- Ganghof, S., Stecker, C., Eppner, S., & Heeß, K. (2012). Flexible und inklusive Mehrheiten? Eine Analyse der Gesetzgebung der Minderheitsregierung in NRW. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43(4), 887-900.
- Garritzmann, J. L. (2017). How much power do oppositions have? Comparing the opportunity structures of parliamentary oppositions in 21 democracies. *The Journal of Legislative Studies* 23(1), 1-30.
- Gross, M., Juen, C. M., & Stecker, C. (2026). The Cordon Dilemma: How Voters Evaluate Cooperation With the Far-Right in Parliament. *Comparative Political Studies*, online first.
- Gross, M., Jankowski, M., Juen, C. M., & Erlbruch, F. (2024). Do voters want their parties to be office -or policy-seekers in coalition negotiations?. *West European Politics* 47(6), 1333-1362.
- Helms, L. (2008). Studying parliamentary opposition in old and new democracies: Issues and perspectives. *The Journal of Legislative Studies* 14(1-2), 6-19.

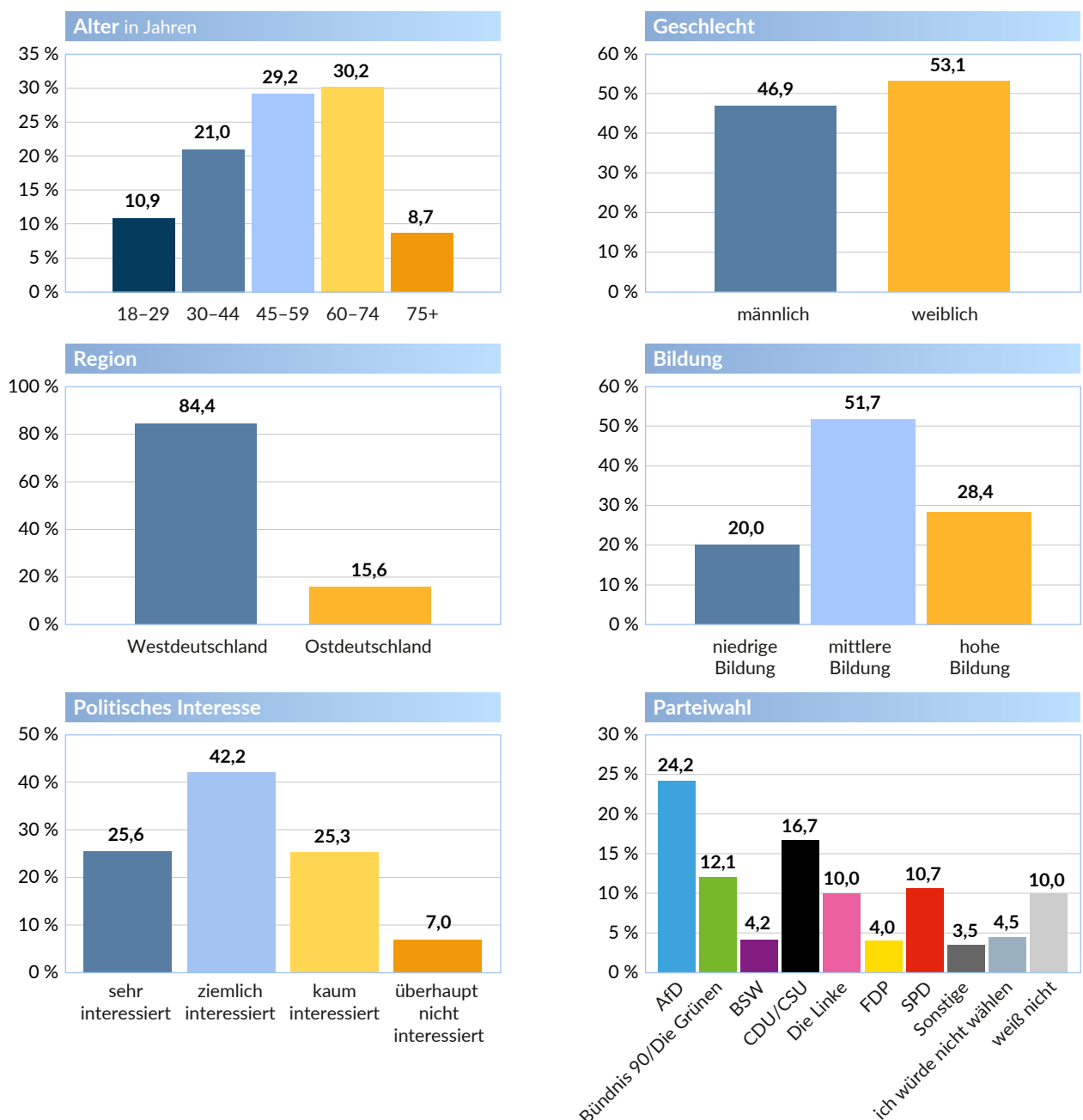
- Hobolt, S. B., & Karp, J. A. (2010). Voters and coalition governments. *Electoral Studies* 29(3), 299-307.
- Jun, U. (2025). *Das Parteiensystem im Zeichen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung*. APuZ: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bundeszentrale für politische Bildung. 27.6.2025, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/parteiendemokratie-2025/563416/das-parteiensystem-im-zeichen-zunehmender-fragmentierung-und-polarisierung/>
- König, T., Lin, N., & Silva, T. N. (2023). Government dominance and the role of opposition in parliamentary democracies. *European Journal of Political Research* 62(2), 594-611.
- Krauss, S., & Thürk, M. (2022). Stability of minority governments and the role of support agreements. *West European Politics* 45(4), 767-792.
- Lijphart, A. (1999). *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven.
- Louwerse, T., & Zorina, E. (2026). What kind of opposition do citizens want?. *West European Politics* 49(5), 1151-1175.
- Louwerse, T., & Timmermans, A. (2021). The Netherlands: Old Solutions to New Problems, in: T. Bergman, H. Bäck & J. Hellström (Hrsg.). *Coalition Governance in Western Europe*. Oxford. 448-481.
- Louwerse, T., & Otjes, S. (2019). How Populists Wage Opposition: Parliamentary Opposition Behaviour and Populism in Netherlands. *Political Studies* 67(2), 479-495.
- Martin, L. W., & Stevenson, R. T. (2001). Government formation in parliamentary democracies. *American Journal of Political Science* 45(1), 33-50.
- Matthieß, T., & Stecker, C. (2025). What citizens think about minority governments in majority coalition settings. *Parliamentary Affairs* 78(2), 379-400.
- Matthieß, T. (2020). Retrospective pledge voting: A comparative study of the electoral consequences of government parties' pledge fulfilment. *European Journal of Political Research* 59(4), 774-796.
- Mattila, M., & Raunio, T. (2004). Does winning pay? Electoral success and government formation in 15 West European countries. *European Journal of Political Research* 43(2), 263-285.
- Mutz, D. C. (2011). *Population-based survey experiments*. Princeton.
- Müller, M. (2024). Support party strategies on important policy issues: results from Swedish minority governments. *Government and Opposition* 59(1), 1-22.
- Plescia, C., & Eberl, J. M. (2021). 'Not my government!' The role of norms and populist attitudes on voter preferences for government formation after the election. *Party Politics* 27(1), 103-113.
- Stecker, C. (2026). *Ohne Koalitionskorsett und Brandmauern. Wie flexible Mehrheiten die Demokratie stärken*. Frankfurt am Main.
- Strøm, K. (1984). Minority governments in parliamentary democracies. The rationality of nonwinning cabinet solutions. *Comparative Political Studies* 17(2), 199-227.
- Thürk, M., & Stecker, C. (2023). Flexibel, stabil und effektiv? Zum Stand der Forschung über Minderheitsregierungen. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 17(3), 297-314.
- Thürk, M. (2022). Small in size but powerful in parliament? The legislative performance of minority governments. *Legislative Studies Quarterly* 47(1), 193-224.
- Wäckerle, J., & Proksch, S. O. (2025). Political knowledge and perceptions of minority governments in Europe. *European Journal of Political Research*, 65(3), 675-687.
- Wurthmann, L. C., Kurz, K. R., & Wagner, S. (2026). Breaking the German Cold War taboo? The Generational Divide in Evaluating a Coalition Between CDU/CSU and The Left. *Politische Vierteljahresschrift* 67, 707-722.

Anhang

A Zusammensetzung des Samples

ABBILDUNG A Zusammensetzung der Stichprobe nach Quoten

Anteile in Prozent, n = 3.283

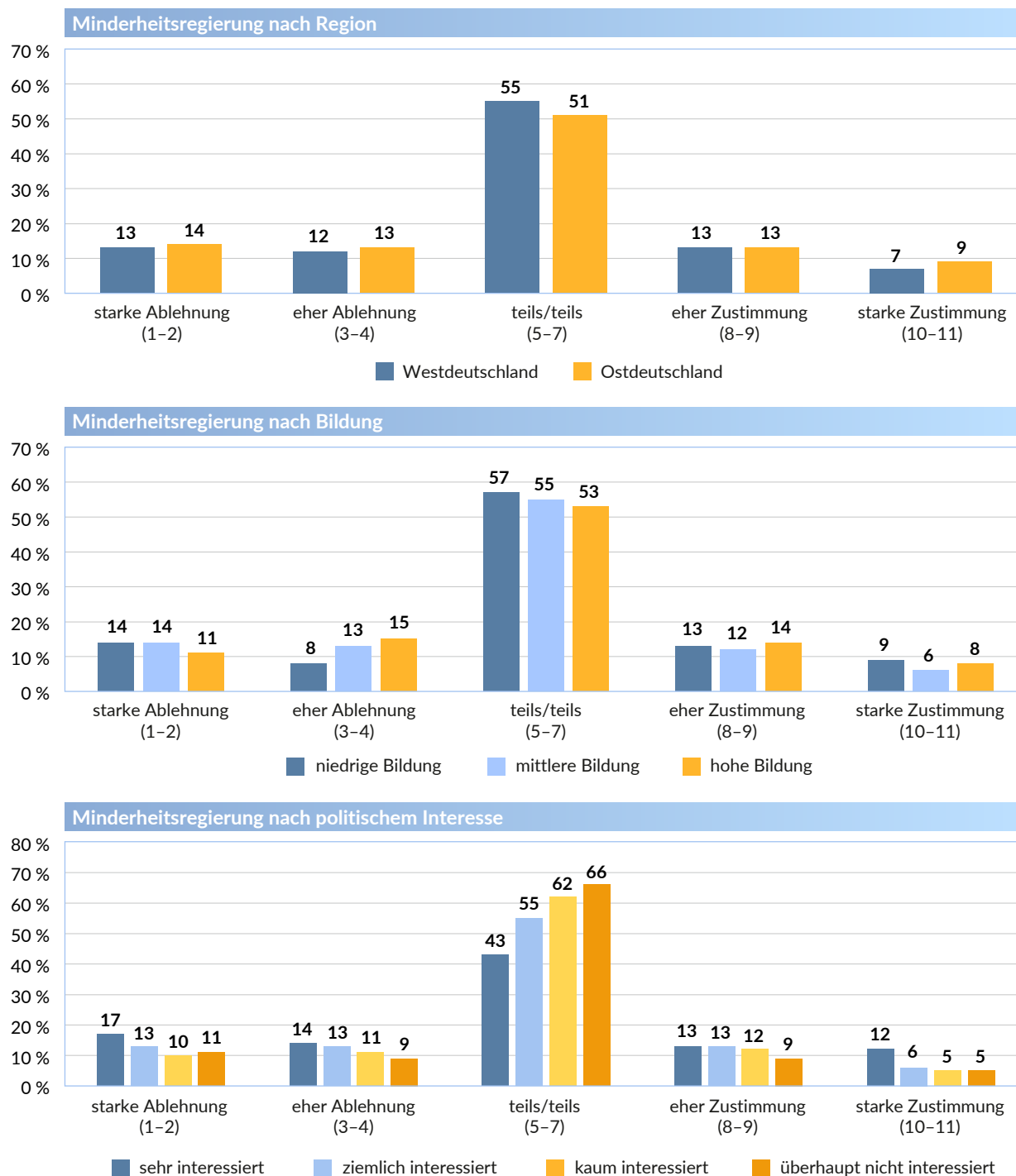


Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

B Zusätzliche deskriptive Befunde

B1 Zustimmung zu alternativen Regierungsformen nach soziodemografischen Merkmalen und politischen Einstellungen

ABBILDUNG B1.1 Einstellung zu Minderheitsregierungen nach soziodemografischen und politischen Merkmalen



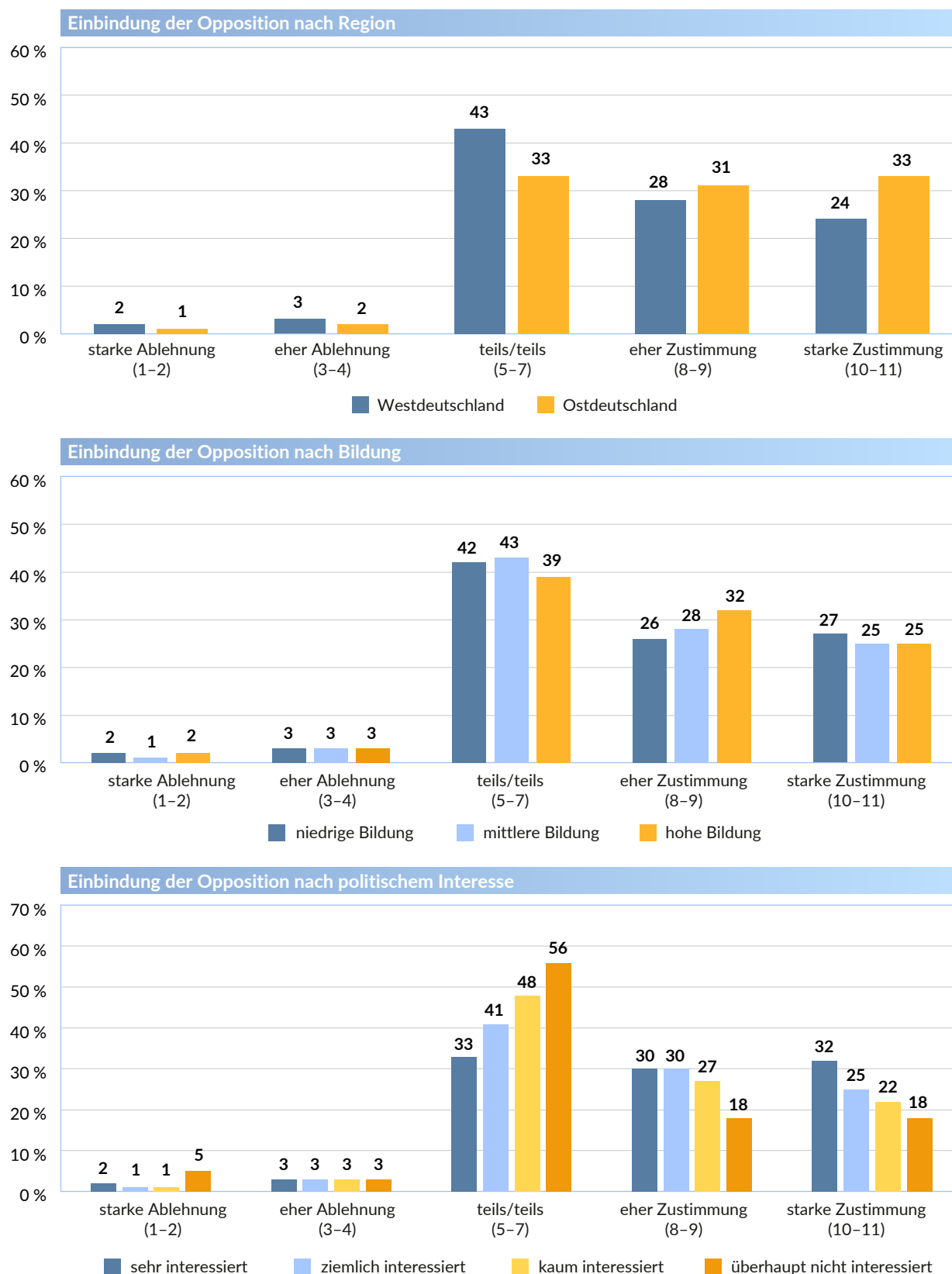
Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

ABBILDUNG B1.2 **Einstellung zu flexiblen Mehrheiten nach soziodemografischen und politischen Merkmalen**



Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

ABBILDUNG B1.3 **Einstellung zur Oppositionseinbindung nach soziodemografischen und politischen Merkmalen**



Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

B2 Deskriptive Merkmale der Gruppe der Unentschlossenen (in Bezug auf Minderheitsregierungen; im Vergleich Ablehnung sowie Zustimmung)

ABBILDUNG B2 Soziodemografisches und politisches Profil der Befragten beim Thema Zustimmung zu Minderheitsregierungen



Soziodemografisches und politisches Profil der Befragten, basierend auf der Zustimmung zur Frage „Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache“. Die Antwortskala in der Umfrage umfasst 11 Punkte; gruppiert zur vereinfachten Darstellung: Skalenpunkte 1–4 (Ablehnung), 5–7 (Unentschlossenheit), 8–11 (Zustimmung).

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

C Regressionstabellen zu Einflussfaktoren für die Bewertung von Minderheitsregierungen, flexiblen Mehrheiten und der Oppositionseinbindung

TABELLE C1 Regressionstabelle

zu Abbildung 4; Abhängige Variable: Minderheitsregierungen sind eine gute Sache

	Modell	
Konstante	2.855***	(0.460)
Wahlabsicht (Ref. = CDU/CSU)		
AfD	-0.248	(0.196)
Bündnis 90/Die Grünen	0.324	(0.178)
BSW	0.523*	(0.260)
Die Linke	0.492*	(0.192)
FDP	0.301	(0.256)
SPD	0.346	(0.180)
Alter	-0.007*	(0.003)
Bildung (Ref. = Niedrig)		
Mittlere Bildung	-0.250	(0.138)
Hohe Bildung	-0.139	(0.155)
Ostdeutschland	-0.037	(0.138)
Demokratiezufriedenheit	0.062**	(0.023)
Politiker:innen sollen auf Bürger:innen hören	-0.011	(0.023)
Kompromisse sind Verrat	0.043*	(0.021)
Zustimmung zur Zusammenarbeit mit der AfD	0.015	(0.020)
Zustimmung zu flexiblen Mehrheiten	0.301***	(0.021)
Frühzeitige Einbindung der Opposition	0.026	(0.025)
Politisches Interesse	0.084	(0.065)
Num. Obs.	2454	
R²	0.104	
Adjustiertes R²	0.098	

Signifikanzniveau: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE C2 Regressionstabelle

zu Abbildung 5; Abhängige Variable: Es sollten flexible Mehrheiten gebildet werden

	Modell	
Konstante	2.707***	(0.424)
Wahlabsicht (Ref. = CDU/CSU)		
AfD	-0.827***	(0.180)
Bündnis 90/Die Grünen	-0.218	(0.164)
BSW	-0.214	(0.240)
Die Linke	-0.225	(0.177)
FDP	0.089	(0.236)
SPD	-0.042	(0.166)
Alter	0.003	(0.003)
Bildung (Ref. = Niedrig)		
Mittlere Bildung	0.109	(0.127)
Hohe Bildung	0.407**	(0.142)
Ostdeutschland	-0.150	(0.127)
Demokratiezufriedenheit	-0.051*	(0.021)
Politiker:innen sollen auf Bürger:innen hören	0.073***	(0.021)
Kompromisse sind Verrat	-0.017	(0.019)
Zustimmung zur Zusammenarbeit mit der AfD	0.136***	(0.018)
Frühzeitige Einbindung der Opposition	0.263***	(0.022)
Zustimmung zu Minderheitsregierungen	0.255***	(0.018)
Politisches Interesse	-0.129*	(0.060)
Num. Obs.	2454	
R²	0.213	
Adjustiertes R²	0.207	

Signifikanzniveau: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE C3 **Regressionstabelle**

zu Abbildung 6; Abhängige Variable: Opposition sollte frühzeitig bei politischen Entscheidungen eingebunden werden

	Modell	
Konstante	4.015***	(0.365)
Wahlabsicht (Ref. = CDU/CSU)		
AfD	0.256	(0.158)
Bündnis 90/Die Grünen	0.357*	(0.143)
BSW	0.270	(0.210)
Die Linke	0.101	(0.155)
FDP	-0.115	(0.207)
SPD	-0.154	(0.146)
Alter	0.017***	(0.003)
Bildung (Ref. = Niedrig)		
Mittlere Bildung	0.142	(0.111)
Hohe Bildung	0.179	(0.125)
Ostdeutschland	0.209	(0.112)
Demokratiezufriedenheit	0.007	(0.018)
Politiker:innen sollen auf Bürger:innen hören	0.076***	(0.019)
Kompromisse sind Verrat	0.055***	(0.017)
Zustimmung zur Zusammenarbeit mit der AfD	0.055***	(0.016)
Zustimmung zu flexiblen Mehrheiten	0.202***	(0.017)
Zustimmung zu Minderheitsregierungen	0.017	(0.016)
Politisches Interesse	-0.114*	(0.053)
Num. Obs.	2454	
R²	0.167	
Adjustiertes R²	0.161	

Signifikanzniveau: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

D Weiterführende Informationen und Analysen zum Experiment

D1 Beschreibung der Vignetten

Alle Befragten erhielten zunächst dieselbe Einleitung zur Bildung einer Minderheitsregierung. Anschließend wurden zwei Informationsdimensionen unabhängig voneinander variiert. Erstens erhielten die Befragten entweder keine zusätzliche Information über mögliche Folgen einer Minderheitsregierung, einen Hinweis auf eine mögliche Verbesserung der Repräsentation oder einen Hinweis auf mögliche Effizienz Nachteile. Zweitens wurde entweder keine Alternative zur Minderheitsregierung genannt oder auf eine mögliche Koalitionsregierung ohne konkrete Parteibeteiligung, eine Koalition unter Beteiligung der Linken oder eine Koalition unter Beteiligung der AfD verwiesen. Aus der Kombination dieser drei Effektinformationen mit den vier möglichen Alternativen ergeben sich insgesamt zwölf Experimentalbedingungen.

TABELLE D1.1 Dimensionen und Ausprägungen der Treatments

Dimension	Ausprägungen
Einleitung	Einleitende Erklärung
Mögliche Folgen der Minderheitsregierung	Keine zusätzliche Information oder bessere Repräsentation oder geringere Effizienz
Alternative Regierungsbildung	Keine Alternative oder Koalitionsregierung oder Koalition mit der Linken oder Koalition mit der AfD

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

TABELLE D1.2 Kombinationen der möglichen Treatments

Bedingung	Einleitung	Information über Folgen	Genannte Alternative
1	ja	keine	keine
2	ja	keine	Koalitionsregierung
3	ja	keine	Koalition mit AfD
4	ja	keine	Koalition mit Linke
5	ja	bessere Repräsentation	keine
6	ja	bessere Repräsentation	Koalitionsregierung
7	ja	bessere Repräsentation	Koalition mit AfD
8	ja	bessere Repräsentation	Koalition mit Linke
9	ja	geringere Effizienz	keine
10	ja	geringere Effizienz	Koalitionsregierung
11	ja	geringere Effizienz	Koalition mit AfD
12	ja	geringere Effizienz	Koalition mit Linke

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Im Folgenden finden Sie die Textbausteine, wie sie den Befragten im Experiment präsentiert wurden:

Einleitung – alle Befragten

„Nach einer Bundestagswahl soll eine Minderheitsregierung gebildet werden. Das bedeutet, dass die Regierung aus Parteien besteht, die zusammen keine eigene Mehrheit im Parlament haben und deshalb für politische Entscheidungen auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen sind.“

Information über mögliche Folgen:

Bessere Repräsentation

„Für einzelne Gesetze sucht die Regierung je nach Thema wechselnde Mehrheiten im Parlament. Dadurch können unterschiedliche Parteien und Positionen in politische Entscheidungen einbezogen werden. Auf diese Weise können auch die Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen stärker berücksichtigt werden.“

Geringere Effizienz

„Für einzelne Gesetze muss die Regierung jeweils neue Mehrheiten im Parlament organisieren. Dadurch müssen unterschiedliche Parteien und Positionen immer wieder neu einbezogen werden. Auf diese Weise können politische Entscheidungen länger dauern und schwieriger planbar werden.“

Keine zusätzliche Information

Kein zusätzlicher Textbaustein.

Information über mögliche Alternativen:

Koalitionsregierung ohne Nennung einer Partei

„Eine alternative Möglichkeit wäre gewesen, eine feste Koalitionsregierung zu bilden, in der sich mehrere Parteien bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf gemeinsame politische Vorhaben verständigen.“

Koalitionsregierung mit der Linken

„Eine alternative Möglichkeit wäre gewesen, eine feste Koalitionsregierung zu bilden, in der sich mehrere Parteien bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf gemeinsame politische Vorhaben verständigen. Diese Regierung wäre nur mit der Partei Die Linke möglich gewesen.“

Koalitionsregierung mit der AfD

„Eine alternative Möglichkeit wäre gewesen, eine feste Koalitionsregierung zu bilden, in der sich mehrere Parteien bereits zu Beginn der Legislaturperiode auf gemeinsame politische Vorhaben verständigen. Diese Regierung wäre nur mit der AfD möglich gewesen.“

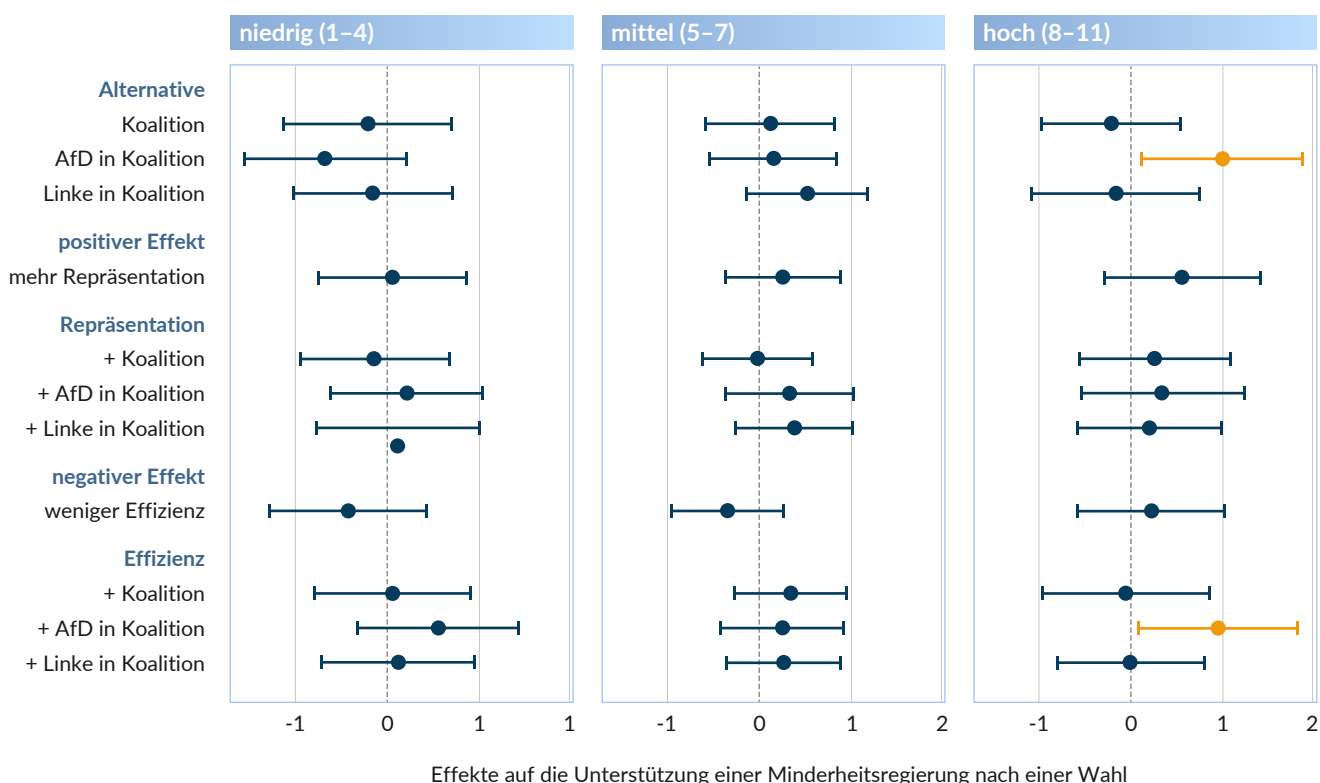
Keine Alternative

Kein zusätzlicher Textbaustein.

D2 Weitere Subgruppenanalysen: Demokratiezufriedenheit und politisches Interesse

Die Analyse nach Demokratiezufriedenheit zeigt, dass Personen mit einer hohen Demokratiezufriedenheit nach der hypothetischen Wahl im Experiment eher eine Minderheitsregierung unterstützen würden, wenn jeweils eine AfD-Koalitionsbeteiligung die Konsequenz einer Mehrheitskoalition wäre. Für die Analyse nach politischem Interesse der Befragten sehen wir hingegen keine statistisch signifikanten Effekte.

ABBILDUNG D2.1 Einfluss von Informationen für unterschiedliche Niveaus der Demokratiezufriedenheit (gruppiert nach niedrig, mittel und hoch)



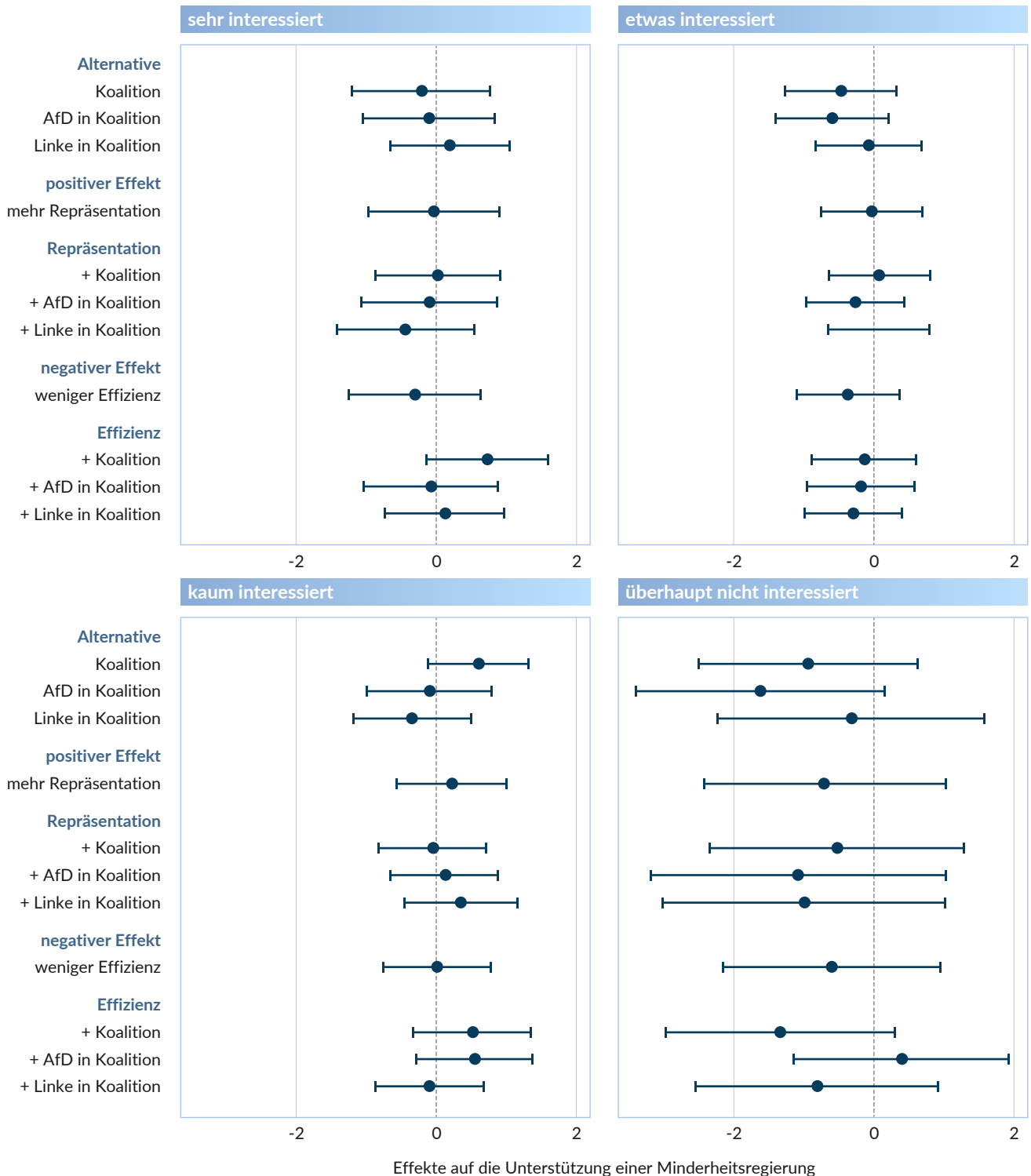
Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen Treatment-Effekte der verschiedenen Informationsbedingungen gegenüber der Kontrollgruppe (first differences) mit 95%-Konfidenzintervallen. Die Koeffizienten geben an, um wie viele Punkte sich die Unterstützung der Bildung einer Minderheitsregierung nach der Wahl auf der 11-Punkte-Skala gegenüber der Kontrollgruppe (die keine zusätzlichen Informationen über Effekte oder Rahmenbedingungen erhalten hat) verändert. Die Gruppen bilden sich nach der Position zur Demokratiezufriedenheit (gemessen mit „Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?“, 11-er Skala). Zur vereinfachten Darstellung gruppiert: 1–4 (niedrige Demokratiezufriedenheit), 5–7 (mittlere Demokratiezufriedenheit), 8–11 (hohe Demokratiezufriedenheit). Signifikante Effekte sind orange hervorgehoben.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

BertelsmannStiftung

ABBILDUNG D2.2 Einfluss von Informationen nach politischem Interesse der Befragten

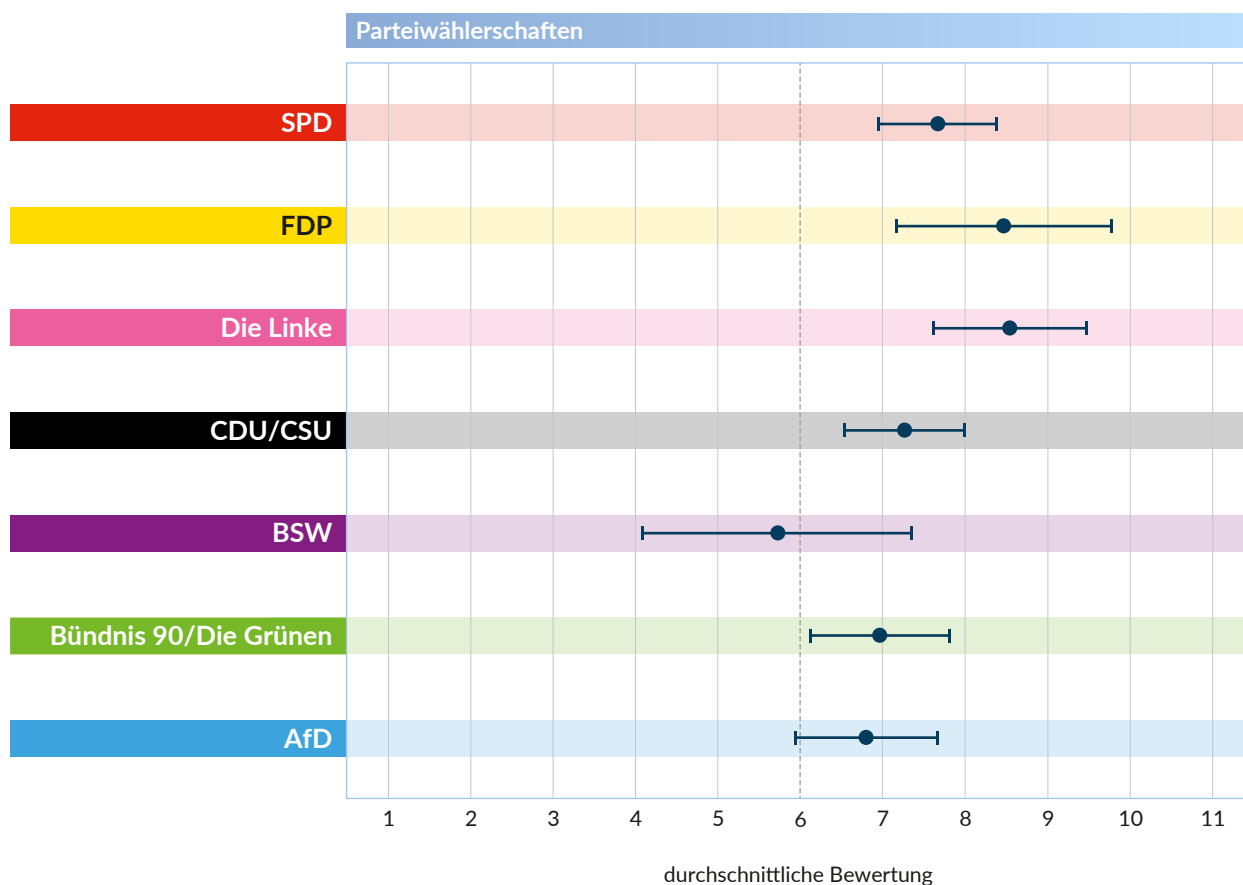


Die Abbildung zeigt die durchschnittlichen Treatment-Effekte der verschiedenen Informationsbedingungen gegenüber der Kontrollgruppe (first differences) mit 95-%-Konfidenzintervallen. Die Koeffizienten geben an, um wie viele Punkte sich die Unterstützung der Bildung einer Minderheitsregierung nach der Wahl auf der 11-Punkte-Skala gegenüber der Kontrollgruppe (die keine zusätzlichen Informationen über Effekte oder Rahmenbedingungen erhalten hat) verändert. Die Gruppen bilden sich nach dem politischen Interesse (gemessen mit „Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?“ auf einer 4-er Skala). Signifikante Effekte sind orange hervorgehoben.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.
Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

D3 Zusatzinformationen: Minderheitsregierungen als demokratische Form des Regierens

ABBILDUNG D3 Durchschnittliche Bewertung von Minderheitsregierungen als demokratische Form des Regierens nach Parteiwählerschaften



Dargestellt sind die Mittelwerte der Bewertung von Minderheitsregierungen als demokratische Regierungsform nach Parteipräferenz in der Kontrollgruppe mit 95%-Konfidenzintervallen um die jeweiligen Mittelwerte. Die gestrichelte Linie (bei 6) markiert den Skalenmittelpunkt.

Quelle: Demokratiemonitor, Juni 2026.

Eigene Berechnungen auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung.

| BertelsmannStiftung

D4 Soziodemografisches und politisches Profil der Unentschlossenen

**TABELLE D4 Ergebnisse der logistischen Regression:
Was beeinflusst die Wahrscheinlichkeit, zu Minderheitsregierungen unentschlossen zu stehen?**

zu Abbildung 10

	Modell	
Konstante	-0.646**	(0.198)
Bildung (Ref. = Niedrig)		
Mittlere Bildung	-0.070	(0.095)
Hohe Bildung	-0.060	(0.108)
Ostdeutschland	-0.085	(0.099)
Politisches Interesse	0.302***	(0.044)
Demokratiezufriedenheit	0.041**	(0.013)
Alter	-0.003	(0.002)
Weiblich	0.380***	(0.073)
Num.Obs.	3283	
AIC	4426.8	

Logistische Regression. Abhängige Variable: 1 = unentschlossen sein (Skalenwerte 5–7 bei der Frage „Minderheitsregierungen – also Regierungen, die keine eigene Mehrheit im Parlament haben und für Entscheidungen Unterstützung anderer Parteien benötigen – sind alles in allem eine gute Sache“), 0 = ablehnend oder zustimmend positioniert (1–4 bzw. 8–11). Standardfehler in Klammern. Signifikanzniveau: * $p < 0,05$; ** $p < 0,01$; *** $p < 0,001$.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

ABBILDUNG 1	Mehrheitskoalition, Minderheitsregierung und Regieren mit flexiblen Mehrheiten	12
TABELLE 1	Übersicht der Minderheitsregierungen in den Ländern sowie im Bund in Deutschland	14
ABBILDUNG 2	Sollte die Partei mit den meisten Wählerstimmen an der Regierung beteiligt sein?	18
ABBILDUNG 3	Die Meinung der Bürger:innen zu alternativen Regierungsformen	20
ABBILDUNG 4	Einfluss politischer und soziodemografischer Faktoren auf die Einstellung zu Minderheitsregierungen	22
ABBILDUNG 5	Einfluss politischer und soziodemografischer Faktoren auf die Einstellung zu flexiblen Mehrheiten	23
ABBILDUNG 6	Einfluss politischer und soziodemografischer Faktoren auf die Einstellung zur Oppositionseinbindung	24
ABBILDUNG 7	Informationen im Vignettenexperiment	29
ABBILDUNG 8	Effekte der unterschiedlichen Informationen auf die Bewertung von Minderheitsregierungen als demokratisch (nach Wahlabsicht)	31
ABBILDUNG 9	Effekte der unterschiedlichen Informationen auf die Unterstützung einer Minderheitsregierung nach der Bundestagswahl (nach Wahlabsicht)	33
ABBILDUNG 10	Wahrscheinlichkeit, der Gruppe der Unentschlossenen anzugehören, nach soziodemografischen Merkmalen und politischen Einstellungen	35
ABBILDUNG 11	Veränderungen bei der Zustimmung oder Ablehnung von Minderheitsregierungen in der Gruppe der Unentschlossenen	37
ABBILDUNG A	Zusammensetzung der Stichprobe nach Quoten	42
ABBILDUNG B1.1	Einstellung zu Minderheitsregierungen nach soziodemografischen und politischen Merkmalen	43
ABBILDUNG B1.2	Einstellung zu flexiblen Mehrheiten nach soziodemografischen und politischen Merkmalen	44
ABBILDUNG B1.3	Einstellung zur Oppositionseinbindung nach soziodemografischen und politischen Merkmalen	45
ABBILDUNG B2	Soziodemografisches und politisches Profil der Befragten beim Thema Zustimmung zu Minderheitsregierungen	46
TABELLE C1	Regressionstabelle (zu Abbildung 4)	47
TABELLE C2	Regressionstabelle (zu Abbildung 5)	47
TABELLE C3	Regressionstabelle (zu Abbildung 6)	48
TABELLE D1.1	Dimensionen und Ausprägungen der Treatments	49
TABELLE D1.2	Kombinationen der möglichen Treatments	49
ABBILDUNG D2.1	Einfluss von Informationen für unterschiedliche Niveaus der Demokratiezufriedenheit	51
ABBILDUNG D2.2	Einfluss von Informationen nach politischem Interesse der Befragten	52
ABBILDUNG D3	Durchschnittliche Bewertung von Minderheitsregierungen als demokratische Form des Regierens nach Parteiwählerschaften	53
TABELLE D4	Ergebnisse der logistischen Regression: Was beeinflusst die Wahrscheinlichkeit, zu Minderheitsregierungen unentschlossen zu stehen?	54

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
bertelsmann-stiftung.de

Dr. Christina-Marie Juen
Senior Expert
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon: +49 30 275788-196
christina-marie.juen@bertelsmann-stiftung.de

Carlo Greß
Project Manager
Demokratie und Zusammenhalt
Telefon: +49 30 275788-170
carlo.gress@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de